

JAHRESBERICHT 2023

VBCI

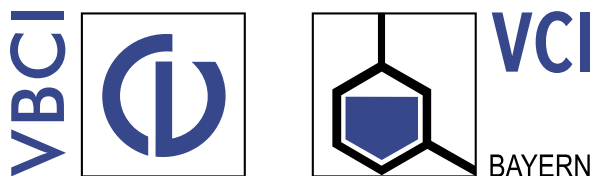


VCI

BAYERN

Die Bayerischen Chemieverbände





Die Bayerischen Chemieverbände

JAHRESBERICHT 2022/ 2023

Verein der Bayerischen Chemischen Industrie e.V.
VBCI

Verband der Chemischen Industrie e.V.,
Landesverband Bayern
VCI-LV Bayern

Inhalt

Vorwort Dr. Christian Hartel, Vorsitzender des Vorstands	4
Vorwort Walter Vogg, Hauptgeschäftsführer und Vorstand	8
Industriepolitik in der Wendezeit	12
Wirtschaftliche Lage	24
Tarifpolitik	28
Sozialpolitik	32
Pharmastandort	38
Aus der Arbeit des VBCI	42
Aus der Arbeit des VCI-LV Bayern	50
Ausblick	58
Übersichtsgrafik Gremien, Arbeitskreise, Expertenkreise, Expertendialoge	62
Gremienmitglieder	64
Statistiken	66
Team der Bayerischen Chemieverbände	68

Hinweis:

Alle Angaben dieser Publikation beziehen sich grundsätzlich sowohl auf die weibliche als auch auf die männliche Form. Zur besseren Lesbarkeit wurde meist auf die zusätzliche Bezeichnung in weiblicher Form verzichtet. Alle Geschlechter mögen sich bitte gleichermaßen angesprochen fühlen!



Sehr geehrte Damen und Herren,

Im letzten Jahr wurde die Bedeutung der chemischen Industrie als eine wichtige volkswirtschaftliche Säule Deutschlands erkannt bzw. wiederentdeckt. Vor allem ist vielen die enge Verzahnung zwischen Chemieprodukten und der Wertschöpfung in vielen anderen Branchen bewusst geworden. Die Chemie steht häufig am Anfang von Wertschöpfungsketten. Oftmals macht sie den entscheidenden Unterschied im Produkt und liefert die entscheidende Innovation. Die Öffentlichkeit und die Politik verstehen das heute deutlich besser.

Das ist eine gute Nachricht. Denn es hilft für die bevorstehende Verbandsarbeit und die großen Aufgaben, die vor uns liegen.

»DIE GESELLSCHAFT HAT DIE BEDEUTUNG DER CHEMISCHEN INDUSTRIE BESSER VERSTANDEN!«

Unsere Gesellschaft – mit allem, was sie vorhat – benötigt die chemische Industrie dringend. Wir sind die #Lösungsindustrie, die viele Schlüsseltechnologien für die Transformation zur Klimaneutralität erst möglich macht. Aber auch Herausforderungen in vielen anderen gesellschaftlichen Bereichen können nur mit Hilfe der Chemieindustrie bewältigt werden: Ob Ernährung, Gesundheit, Mobilität, Energietechnik, Digitalisierung oder Umweltschutz. Fest steht: Ohne Chemie keine klimaneutrale Transformation! Und diese Transformation ist alternativlos. Doch sie gelingt nicht von alleine, die richtigen Rahmenbedingungen sind hierfür entscheidend.

Hier gibt es Handlungsbedarf. Zahlreiche, sich ständig ändernde, teils widersprüchliche, immer schärfere regulatorische Vorgaben führen zu

Rahmenbedingungen, die immer mehr Unternehmen ernste Schwierigkeiten bereiten. Natürlich erschweren auch die hohe Inflation, die extrem gestiegenen Energiekosten und andere Faktoren, die man der Regierung nicht zum Vorwurf machen kann, die Situation der Unternehmen. Ein Großteil der Probleme ist aber hausgemacht. Manche Schwierigkeiten haben uns unter den gegenwärtigen Rahmenbedingungen lediglich früher erreicht als erwartet: Allen voran die Probleme der Versorgungssicherheit und des Preises von Energie. Energie ist aber das Lebenselixier der chemischen Industrie.

Hohe Strompreise blockieren die Transformation und zerstören die Wettbewerbsfähigkeit einer international führenden Industrie. Wir brauchen daher günstige grüne Energie in großen Mengen. Dann gewinnen wir ökologisch, ökonomisch und sozial.

Ich bin überzeugt davon: Der Schlüssel zur Steigerung der Resilienz Europas und seiner Industrien liegt in der klimaneutralen Transformation.

Es besteht akuter Handlungsbedarf, um diese Transformation zum Erfolg zu führen. Es braucht kluge Strategien und ermöglichende Rahmenbedingungen, damit Europa auf diesem Weg zentrale Lösungsindustrien wie die Chemie- und Pharmaindustrie nicht verliert. Dabei ist die Zeit bis 2030 entscheidend.

Leider steht Europa sich hier oftmals selbst im Weg: Statt einfacher, strategisch kluger Anreize – wie sie die USA mit dem Inflation Reduction Act (IRA) geschaffen hat – verlieren wir uns beim Green Deal im Regulierungsdickicht und verfolgen Strategien, die uns eher Gestaltungsspielraum nehmen und die internationale Wettbewerbsfähigkeit verringern. (Lesen Sie hierzu mehr im Kapitel „Industriepolitik in der Wendezeit“.)

» DIE LAGE IST ERNST! «

Seit dem ersten Quartal 2022 beobachten wir einen stetigen Rückgang der Produktionsmengen der Chemieunternehmen in Deutschland. Seit dem vierten Quartal 2022 nun auch den Rückgang der Umsätze, der sich wegen der hohen Inflation erst später eingestellt hat. Global betrachtet befindet sich unsere Branche in einer Seitwärtsbewegung – in Deutschland gehen die Zahlen zurück.

Gerade jetzt ist es wichtig, unsere Forderungen ganz konkret zu adressieren.

Wie Sie wissen, ist unser Jahresbericht nicht nur ein Bericht über die Verbandstätigkeit. Er ist auch eine Art Positionspapier. Ein Positionspapier, das Hintergründe beleuchtet und die Grundphilosophie, die hinter unseren Positionen und Forderungen steckt, erläutert.

Auf drei zentrale Themen möchte ich hier eingehen:

1. Strompreis

Durch viele staatliche Eingriffe in die Energiemärkte, z.B. das EEG, den Atomausstieg, den Kohleausstieg, um nur die größten zu nennen, ist unser marktwirtschaftliches Energiesystem in wichtigen Teilen in Richtung Planwirtschaft verändert worden. Investitionen in grundlastfähige und günstige Kraftwerke wären in einer Marktwirtschaft die natürliche Reaktion auf die vorherrschenden Strompreise. Zahlreiche Regelungen erschweren jedoch diese Investitionen – und sei es nur aus mangelnder Planbarkeit.

Gleichzeitig ist ein niedriger Strompreis essenziell für die klimaneutrale Transformation.

Deswegen muss es – nicht als Dauersubvention, sondern als Brücke, bis genügend regenerativer günstiger Strom zur Verfügung steht – einen Industriestrompreis für einen möglichst breiten Empfängerkreis geben, der das Prädikat „wettbewerbsfähig“ verdient hat.

2. Chemikalienrecht

Die von der EU derzeit verfolgte Strategie im Chemikalienrecht ist nicht zielführend. Neue Gefahrenklassen sollten international abgestimmt sein und auch wirkliche Gefahren für Mensch oder Natur widerspiegeln. Die Abkehr von einer Risikobewertung hin zu einer reinen Stoffeigenschaftsbetrachtung (Gefahrenklasse) bei der Regulierung ist nicht sinnvoll. In Kombination mit den neuen Gefahrenklassen werden folglich auch unproblematische Stoffe reguliert. Wenn diese Regelungen mit einem Gruppenregulierungsansatz – wie im PFAS-Dossier geschehen – kombiniert werden, kann es vorkommen, dass sogar Stoffe, die von der

OECD als „of low concern“ eingestuft werden, verboten werden sollen. Darüber hinaus scheint es, als wäre ein Totalverbot das einzige Mittel, um Risiken zu minimieren. Dabei gäbe es durchaus Wege, Risiken über den Arbeitsschutz, den Immissionsschutz, das Wasserrecht und viele andere Rechtsgebiete auszuschalten. Hier muss ein Umdenken stattfinden.

3. Genehmigungsrecht

Im Koalitionsvertrag wurde beschlossen, die Genehmigungszeiten zu halbieren. Das galt vor allem für Stromtrassen und Windenergieanlagen. Hier muss der Ausbau dringend beschleunigt werden. Wir benötigen zudem kürzere Genehmigungszeiten für Industrieanlagen. Die klimaneutrale Transformation findet doch in erheblichem Maße in den Unternehmen statt.

Sie kennen mich als einen Optimisten. Ich bin zuversichtlich, dass die anstehenden Themen gemeistert werden können.

Es ist die Rolle und Aufgabe der Verbandsarbeit, den Finger in die Wunde zu legen und klar zu adressieren, wo Handlungsbedarf besteht. Klar und konstruktiv in der Kritik, aber auch bereit, die Themen anzugehen, die wir zur Lösung beitragen können. Denn das ist sozusagen unser Kerngeschäft. Man muss uns nur eben auch lassen!

»PROBLEMLÖSUNGEN SIND UNSER KERNGESCHÄFT.«

An dieser Stelle möchte ich mich bei allen unseren Mitgliedsunternehmen und bei Ihnen allen für Ihr Vertrauen, Ihre Unterstützung und Ihre Mitwirkung in den verschiedensten Gremien unserer Verbände ganz herzlich bedanken. Unsere erfolgreiche Arbeit basiert ganz entscheidend auf Ihrer unternehmerischen Erfahrung, die Sie mit uns teilen, und auf der konstruktiven Zusammenarbeit bei der Verfolgung unserer gemeinsamen Ziele.

Herzlichen Dank und eine hoffentlich kurzweilige Lektüre unseres Jahresberichts,



Ihr Christian Hartel
Vorsitzender



Sehr geehrte Damen und Herren,

Im vergangenen Jahr war der Begriff „Zeitenwende“ in aller Munde. Kein Wunder, wenn man bedenkt, was wir alles in kurzer Zeit erlebt haben: Zunächst die Corona-Pandemie, dann der andauernde Krieg Russlands gegen die Ukraine, ein drohender Taiwankonflikt sowie die notwendige Neubewertung internationaler Beziehungen und kritischer Abhängigkeiten – auch Richtung China. Und eine hohe Inflation mit Auswirkungen auf die Tarifverhandlungen und die Arbeitskosten. Nicht zu vergessen die „alten“ Themen, die auch noch auf der Tagesordnung stehen: Bekämpfung des Klimawandels, Green Deal, nachhaltige Transformation und Digitalisierung. Hinzu kommen die Auswirkungen des sich verschärfenden Arbeits- und Fachkräftemangels als Folge der demografischen Entwicklung.

Wahrlich genug Gründe für eine „Wendezeit“. Die Frage ist nur: Haben wir eine tragfähige gemeinsame Vorstellung, wohin wir uns „wenden“ wollen? Denn das, was wir gerade politisch und gesellschaftlich diskutieren, lässt doch erhebliche Zweifel aufkommen, ob wir alle demselben Kompass folgen.

» ZEITENWENDE – WOHIN FÜHRT UNS DIE WENDEZEIT? «

Wohin wird uns z.B. die neue China-Strategie der EU und der Bundesregierung im Hinblick auf den Industriestandort Deutschland führen? Denn China ist ja nicht nur erfolgskritischer Lieferant inklusive höchstriskanter Abhängigkeiten, sondern bis dato für uns als Exportnation auch ein wichtiger Markt. Und welche Konsequenzen hat z.B. der Inflation Reduction Act (IRA) der US-Administration, der letztlich vor allem auf eine Stärkung der US-Industrie zielt, für unsere Unternehmen? Und was tut ein bis dato allzu oft uneiniges, in überbordender Regulierungswut und Bürokratie gefangenes Europa, um die Wettbewerbsfähigkeit seiner Mitgliedsstaaten zu stärken? Und hat man z.B. das geplante Energieeffizienzgesetz, das bis zum Jahr 2030 eine Einsparung

beim Endenergieverbrauch von 26,5% im Vergleich zum Jahr 2008 vorsieht, in seinen Auswirkungen wirklich zu Ende gedacht?

Welch entscheidende Rolle eine internationale wettbewerbsfähige und resiliente industrielle Basis bei der Lösung vieler der vor uns liegenden Herausforderungen spielt, ist einigen aber offenbar immer noch nicht klar! Hier besteht dringender Handlungsbedarf! Denn wenn wir die anstehenden Probleme mit innovativen, nachhaltigen Lösungen meistern und die kritischen Abhängigkeiten von ausländischen Quellen verringern wollen, dann müssen wir zu allererst dafür sorgen, dass wir die vielen wertvollen Unternehmen, die wir in unserem Land haben, hier auch erhalten. Das gilt nicht nur für große Konzerne, die oft die Wahl haben, wo in der Welt sie die besten Arbeitsbedingungen für sich finden, sondern ganz besonders für das Herz und Rückgrat unserer Wirtschaft – unseren Mittelstand!

» OHNE INDUSTRIELLE BASIS WERDEN WIR EINE NACHHALTIGE TRANSFORMATION OHNE WOHLSTANDSVERLUSTE NICHT SCHAFFEN! «

Dazu gehört auch, dass wir uns jetzt mit der notwendigen Geschwindigkeit auf die wirklich wichtigen Themen und das Machbare konzentrieren und dabei endlich vom „Wollen“ zur Umsetzung kommen, statt uns immer weiter in endlosen ideologischen Debatten, komplexen, bürokratischen und planwirtschaftlichen Detailregelungen und zeitraubenden Genehmigungsverfahren zu verstricken. Die USA machen uns mit ihrem IRA gerade vor, wie so etwas mit relativ einfachen, aber wirkungsvollen marktwirtschaftlichen Mitteln geht. Und die Folgen dieses Lockrufs aus den USA sind schon zu besichtigen! Denn für viele gerade energieintensive Unternehmen bedeutet das: „Let’s go west!“ Angesichts dieses Werbens der US-Regierung um unsere Unternehmen ist es erstaunlich, dass es bei uns immer noch Stimmen gibt, die glauben, auf energieintensive Industrien, wie die Chemie, in Deutschland verzichten zu können und diese Deindustrialisierung schulterzuckend zur Kenntnis nehmen.

Denn die Chemie ist das Herz der Industrie. 95% aller Industrieerzeugnisse benötigen zu ihrer Herstellung Produkte und Technologien aus der Chemie. Dabei liefert die Chemie als Innovationstreiber auch für andere Branchen zentrale Lösungsbausteine. Die innovativen Produkte und Verfahren aus Chemie und Pharma tragen so dazu bei, die großen gesellschaftlichen Herausforderungen, z.B. Klimaschutz, Digitalisierung, Gesundheit und Ernährung, zu

meistern. Auch chemisches Recycling ist dabei ein wesentlicher Beitrag für eine funktionierende Kreislaufwirtschaft. Ohne Reinstsilizium keine Solarzelle, kein Computerchip und keine Digitalisierung. Ohne High-Tech-Materialien dreht sich kein Windrad, funktioniert keine Wasserstoffwirtschaft und keine Elektromobilität! Aber auch die Herstellung von Arzneimitteln oder Impfstoffen ist ohne Chemieprodukte und -verfahren nicht möglich.

Und es sind die vielen engagierten Menschen, die in unseren Betrieben täglich ihren Beitrag leisten, diese anspruchsvollen Ziele zu erreichen. Deshalb mein Aufruf an alle, die hier mitarbeiten wollen: Bewerben Sie sich um einen Arbeitsplatz in der chemisch-pharmazeutischen Industrie. Denn wir sind die #Lösungsindustrie!

»NICHT NUR FORDERN, SONDERN AKTIV AN DEN LÖSUNGEN MITARBEITEN!«

Die Innovationen aus Chemie und Pharma sind ein wesentlicher Erfolgsfaktor unserer Volkswirtschaft: Sie erschließen neue Märkte, stärken die Wettbewerbsfähigkeit und die Resilienz Deutschlands und Europas. Sie sorgen für technischen Fortschritt auch beim Umwelt- und Klimaschutz, für Wachstum, Beschäftigung und Wohlstand. Sie sind somit Voraussetzung für eine nachhaltige Transformation – ökonomisch, ökologisch und sozial.

Unsere Branche steht hier aber auch selbst vor großen Herausforderungen. Sie muss als energieintensive Industrie die Transformation ihrer Prozesse hin zu Klimaneutralität und Kreislaufwirtschaft im internationalen Wettbewerb schnell umsetzen. Und zwar tunlichst ohne bürokratische Bremsklötze und ohne dirigistische Mikroregulierung! Und das bedeutet, neben einem Einstieg in die Wasserstoffwirtschaft, in erster Linie die Elektrifizierung ihrer Prozesse. Dafür braucht die Chemie als „Stoffwandler“ große Mengen günstigen Strom aus erneuerbaren Quellen. Denn die Gesetze der Thermodynamik sind auch im Rahmen eines Green Deal nicht verhandelbar. Deshalb brauchen wir auch einen international wettbewerbsfähigen Transformationsstrompreis – zumindest als Brücke für eine Übergangszeit – und zwar JETZT! Denn die für die klimaneutrale Transformation notwendigen Investitionen müssen jetzt erfolgen und nicht erst 2030, wenn dann – hoffentlich – genügend günstiger grüner Strom zur Verfügung steht. Und man darf uns nicht mit einer völlig überzogenen EU-Chemikalienregulierung die Werkzeuge aus der Hand schlagen,

die nicht nur wir für eine klimaneutrale Transformation und das Erreichen der Ziele des Green Deal brauchen! Dies betrifft übrigens auch und gerade die aktuell heftig diskutierten Fluorpolymere aus der PFAS-Gruppe!

Insgesamt betrachtet haben wir aktuell ein massives Standortproblem. Ohne die nötigen Rahmenbedingungen drohen Produktionsverlagerungen, Innovations- und Investitionsverluste statt erfolgreicher Transformation.

Wie ein konstruktiver Beitrag in unsicheren und schwierigen Zeiten aussehen kann, der einer außergewöhnlich belastenden wirtschaftlichen Situation für beide Seiten – Unternehmen wie Beschäftigte – Rechnung trägt, haben die Chemie-Sozialpartner bei der letzten Tarifrunde erneut unter Beweis gestellt.

» TARIFPOLITIK – VERANTWORTUNGSVOLLER KOMPROMISS IN DER KRISE!«

Die beiden Tarifabschlüsse im Frühjahr und Herbst 2022 sind nicht nur ein Beispiel für eine gesamtgesellschaftlich verantwortungsbewusste tarifpolitische Antwort in höchst unsicheren Zeiten. Sie sind auch Ausdruck der gelebten Sozialpartnerschaft in der chemisch-pharmazeutischen Industrie. Mehr dazu im Kapitel „Tarifpolitik“.

Sie können sich sicher vorstellen, dass die von mir angesprochenen Themen nicht die einzigen sind, die unser gesamtes Verbandsteam beschäftigen und bei denen wir uns mit voller Kraft für unsere Mitgliedsunternehmen einsetzen. Ich darf Sie hierzu aber auf die nachfolgenden Kapitel unseres Jahresberichts verweisen und mich gleichzeitig bei meinem gesamten Verbandsteam für die hervorragende Arbeit und den unermüdlichen Einsatz für unsere Mitgliedsunternehmen bedanken! Egal, was uns die Zukunft bringt: Wir bleiben zuversichtlich! Denn die Welt gehört nicht den Mutlosen! Und wir vertreten die #Lösungsindustrie! Darauf sind wir stolz!

Vielen Dank für Ihre Unterstützung, Ihr Vertrauen und für Ihr positives Feedback. Alles Gute und viel Erfolg! Auf eine gute gemeinsame Zukunft!

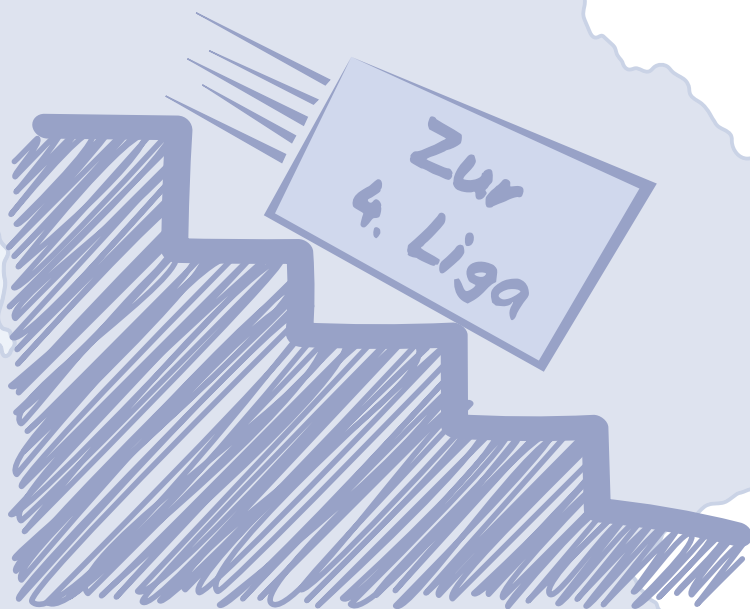
Ihr



Walter Vogt
Hauptgeschäftsführer

Industriepolitik in der Wendezeit

Die „Zeitenwende“
erfordert auch
neue Impulse in der
Industriepolitik!



Wir müssen aufpassen –
sonst droht ein Abstieg
in die 4. Liga

Industriepolitik in der Wendezeit

Was ist eigentlich los mit Deutschland?

Wir waren erst das Land der Dichter und Denker. Es wurde viel geschrieben, gedacht, auch erfunden. Später sind wir für die Chemie und die Ingenieurskunst berühmt geworden. Beides war Motor für eine einzigartige wirtschaftliche Entwicklung, die mit dem „Wirtschaftswunder“ sogar einen Namen bekommen hat. Die Haupttugenden waren Wissenschaft, Innovation, Optimierung, Exzellenz im synergistischen Kreislauf.

Aber die Deutschen waren auch Romantiker – und sind es noch oder eben wieder. Im Moment scheint die ganze Nation der romantischen Vorstellung hinterherzulaufen, dass, wenn wir nur alles Mögliche tun, um die deutschen CO₂-Emissionen auf netto Null zu senken, die Gefahr durch den Klimawandel gebannt wäre. Dass die beabsichtigte Transformation aber auch wirtschaftlich gestemmt werden muss und dass es daher oberste Aufgabe sein sollte, den Hauptplayern der Transformation in der Wirtschaft die nötigen Rahmenbedingungen zu gewähren, das wird in romantischer Verklärung ignoriert. Die Zeiten haben sich offenbar gewendet.

»DIE DEUTSCHE ROMANTIK IST ZURÜCK.«

„*Wir erleben eine Zeitenwende!*“ – Dieser vielzitierte Ausspruch des Bundeskanzlers in seiner Regierungserklärung vom 27.02.2022 anlässlich des russischen Einmarsches in die Ukraine ist also aktueller denn je. Und er scheint viele Bedeutungsebenen zu haben, auch wenn der Kanzler es vielleicht nicht so gemeint hatte.

Seither sind nun fast eineinhalb Jahre vergangen – der schreckliche Krieg auf europäischem Boden wütet weiterhin und zunehmend werden die konkreten Auswirkungen dieser „Zeitenwende“ immer deutlicher. Und sie strahlen in weit mehr Bereiche hinein als allein die finanzielle Ausstattung der Bundeswehr oder die Energiepreisbremse. Und trotz der Erkenntnis einer „Zeitenwende“ dauert die „Wendezeit“ als Reaktion auf diese neuen Herausforderungen viel zu lange oder lässt gar ganz auf sich warten.

Sowohl beim Klimaschutz als auch in der Wirtschaftspolitik geht es eigentlich – nach zwischenzeitlichen pragmatischen Lichtblicken wie den LNG-Terminals und dem Anwerfen bereits abgeschalteter Kohlekraftwerke – weiter wie bisher: Atomausstieg, Heizungsverbote und Bürokratieexzesse wie bei den Energiepreissbremsen. Die anfängliche Hoffnung, eine Regierung aus Liberalen, Sozialdemokraten und Grünen würde endlich eine Politik aus einem Guss unter Berücksichtigung aller Perspektiven und der wichtigsten Zielkonflikte realisieren, hat sich aufgelöst.

Viele Maßnahmen der Bundesregierung zerstören letztlich Volks- und Privateigentum (Atomausstieg, Kohleausstieg, Verbrenner-Aus) oder zwingen die Gesellschaft zu (teuren) Neuanschaffungen oder belasten sie durch gestiegene Kosten (Ausbau der Stromnetze, Einstieg in die Wasserstoffwirtschaft, Verbot konventioneller Heizungen, Gebäudesanierung). Das heißt, der Volkswirtschaft werden im großen Stil Mittel entzogen.

Das Argument lautet, dass nur so der Klimawandel gestoppt werden könne. Aber das ist falsch. Deutschland kann den Klimawandel nicht stoppen. Dafür ist der Anteil an den weltweiten CO₂-Emissionen zu gering. Das wiederum ist natürlich kein Argument, den Klimaschutz nicht deutlich oder schnell voran zu bringen! Aber die Frage, welche finanziellen Ressourcen für Klimaschutz verwendet werden sollen, relativiert sich damit.

Das Verhältnis von volkswirtschaftlichen Kosten und gesellschaftlichem Nutzen ist aus dem Gleichgewicht geraten. Und vor allem ist die fast pathologische Vorstellung, es müsse im Jahr 2045 oder gar 2040 geschafft sein, vor dem Hintergrund der Entwicklungen der CO₂-Emissionen in Ländern wie China oder Indien geradezu absurd. Die dadurch massiv gestiegenen Kosten können in einer Zeit, in der auch die wirtschaftliche Entwicklung zu wünschen übriglässt, möglicherweise auch in einer Abwärtsspirale münden. Denn für Unternehmen bedeuten steigende Kosten auch immer schlechtere Wettbewerbsfähigkeit und damit auch weniger Wertschöpfung und weniger Steueraufkommen.

» DIE ANSTRENGUNGEN ZUM KLIMASCHUTZ
RAUBEN DEM KLIMASCHUTZ DEN ATEM – CATCH 22!«

Klimaschutz so schnell es geht! Ja! Aber eben nicht schneller, als es geht. In diesem Sinne wäre es gut, die Kosten für die Industrie, z.B. für Strom, würden deutlich sinken. Denn dann nähme die Elektrifizierung Fahrt auf. Die Genehmigungsverfahren müssten einfacher, schneller und rechtssicherer werden, denn das würde bei Investitionsentscheidungen helfen. Die Chemikalienregulierung und die immer weitere Verkomplizierung des Genehmigungsrechts sollten eine Pause einlegen. Dann hätten die Unternehmen Planungssicherheit für transformatorische Investitionen.

Was jetzt geboten wäre, ist ein pragmatisches und vernünftiges, vor allem aber geordnetes und strategisches Vorgehen, um Deutschlands Abhängigkeit von fossilen Energieträgern – von CO₂-behafteten Energieträgern – schrittweise und im Rahmen der Möglichkeiten zu reduzieren. Denn wahr ist ja auch, dass der Schlüssel zur Resilienz und auch zu einer neuen wirtschaftlichen Stärke vermutlich in der klimaneutralen Transformation liegt.

Es ist durchaus kein utopischer Gedanke, dass grüne Energie zu wettbewerbsfähigen Preisen auch im Überfluss existieren könnte. Wahrscheinlich müssen bzw. können die Gesteigungsanlagen dafür auch nicht alle in Deutschland stehen. Aber genug grüne Energie zu haben, ist ein mögliches Szenario. Und das wiederum wäre eine hervorragende Basis für eine starke Industrie und großen Wohlstand – ohne den negativen Umwelt-/Klima-Footprint.

Ein solches Gelingen der Transformation, die eine gestärkte, wettbewerbsfähige Industrie hervorbringt, ist auch der einzige Hebel, den Deutschland hat, da ansonsten diesem Modell niemand folgen wird! Zu glauben, dass man diesen Wandel, diese Wendezeit mit der Brechstange bis zu einem völlig frei gewählten Termin erzwingen kann, ist aber der falsche Weg.

»EUROPA SUCHT IMMER NOCH
DEN GEOPOLITISCHEN KOMPASS.«

Industriepolitik als geopolitische Notwendigkeit

Der schreckliche russische Angriffskrieg in der Ukraine hat geopolitisch eine neue Ära eingeleitet. Eine komplexe Gemengelage, in der viele Spannungen neu oder erneut zu Tage treten. Insbesondere China macht einmal mehr die angestrebte Vormachtstellung im internationalen Konzert

durch eine eigene Sicht auf die Situation in der Ukraine klar – und weitet die strategische Partnerschaft mit Russland eher aus. Auch eine einheitliche europäische Linie gegenüber dem Systemrivalen und wichtigen Handelspartner China scheint ferner denn je. Und die zähen Diskussionen innerhalb der Bundesregierung, um zu einer China-Strategie zu finden, sprechen ebenfalls Bände. Es scheint, dass Deutschland und Europa in dieser Zeitenwende immer noch einen geopolitischen Kompass suchen.

Derweil wäre es – neben der wichtigen Frage des Umgangs mit internationalen Partnern – mehr denn je angezeigt, auch den Blick auf die eigenen Stärken und Schwächen zu werfen. Es ist eine harte, aber offensichtliche Realität – eine Wahrheit, ein Fakt –, dass die wirtschaftliche Stärke einer Weltregion maßgeblich über deren internationale Bedeutung entscheidet. Und hier verliert Europa derzeit massiv an Boden – die Rahmenbedingungen für die Wirtschaft, allen voran die Industrie, sind gerade in Deutschland so schlecht wie lange nicht mehr.

Das ist nicht nur geostrategisch ein Problem, denn die Industrie ist bekanntermaßen die Basis unseres Wohlstands und damit auch unserer sozialen Sicherungssysteme und der gesellschaftlichen Teilhabe. Auch der Erfolg einer nachhaltigen Transformation hängt unmittelbar mit der industriellen Stärke zusammen. Nur eine vitale Industrie, die Gewinne erwirtschaftet und gute Rahmenbedingungen vorfindet, kann planungssicher in Transformationstechnologien investieren!

» DER WERT EINER STARKEN INDUSTRIE MUSS WIEDER IN DEN FOKUS POLITISCHEN HANDELNS RÜCKEN!«

Und hier ist die besondere Rolle der chemisch-pharmazeutischen Industrie hervorzuheben: Sie ist das Herz industrieller Wertschöpfung – et-



wa 95% aller Industrieerzeugnisse benötigen in ihrem Entstehungsprozess Chemieprodukte. Und nicht selten macht eine Chemieinnovation den entscheidenden Unterschied bei der Veredelung. Diese Schlüsselposition als „Industrie der Industrie“ macht die Branche zum Innovationstreiber. Das gilt ganz besonders für die großen gesellschaftlichen Herausforderungen, wie nachhaltige Transformation, Klimaschutz, Kreislaufwirtschaft oder Gesundheitsschutz.

Es ist also höchste Zeit, dass der Wert einer starken Industrie und im Besonderen der chemisch-pharmazeutischen Industrie wieder in den Fokus politischen Handelns rückt. Deutschland und Europa müssen sich JETZT auf den Weg machen, die Zeitenwende mit echter Industriepolitik zu gestalten!

Und hier darf es keine Denkverbote mehr geben, Ideologien müssen zurückstehen und zuweilen müssen auch Paradigmen hinterfragt werden. Entsprechende industriepolitische Vorstöße aus Frankreich zur Reindustrialisierung und Entwicklung von Zukunftstechnologien zeigen, dass einzelne EU-Mitgliedsstaaten die Brisanz verstanden haben und aktiv vorangehen!

» REGULIERUNG ANDERS DENKEN – SIMPEL EFFEKTIV STATT
KLEINTEILIGER MIKROREGULIERUNG.«

Deutschland und Europa können derzeit weder unbürokratischen und effektiven Anreizprogrammen zur Industrieansiedlung à la US-amerikanischem Inflation Reduction Act (IRA) noch einer chinesischen Industriepolitik nach 5-Jahres-Plan etwas entgegensetzen.

Die europäische Antwort auf solche Initiativen ist bislang: Bürokratie! In tausenden Seiten „Green Deal“-Regulierung versucht die EU-Kommission Nachhaltigkeit vor allem mit Verboten und Mikroregulierung zu verordnen.

Hier braucht es dringend ein anderes Mindset, das Effizienz vor Bürokratie, Ordnungspolitik vor ordnungsrechtlicher Detailregulierung und vielleicht auch mal das 80:20-Prinzip vor eine 100-prozentig gerechte, aber lähmende und ineffiziente Detailregelung stellt. Ein solcher Ansatz würde vermutlich auch die vielen Zielkonflikte verringern, die sich aus der europäischen Regelungswut ergeben – und wäre vielleicht auch eine echte Strategie aus einem Guss zur Umsetzung der zumeist hochambitioniert formulierten Ziele der Klimaneutralität oder der Stärkung europäischer Resilienz.

Energiepolitik am Limit

Die Politik hat insbesondere in Deutschland durch Abschalt- und Ausstiegsvorgaben massiv in den Strommarkt eingegriffen – ohne rechtzeitig für ausreichend Alternativen zu sorgen.

»DIE BISHERIGEN EINGRIFFE IN DEN STROMMARKT MACHEN EINEN TRANSFORMATIONSTROMPREIS UNUMGÄNGLICH!«

Hinzu kommt, dass sich seit dem russischen Angriffskrieg auch an dieser Stelle eine Zeitenwende eingestellt hat. Hatte die deutsche Energiewende lange Zeit auf russisches Pipelinegas zur Überbrückung von Dunkelflauten gesetzt, hat sich diese Brückenstrategie auf dem Weg in eine rein regenerative Energiezukunft nun buchstäblich in Luft aufgelöst.

Neuer Plan? Fehlanzeige!

Angelangt bei der harten Realität des LNG-Weltmarktniveaus liegen nun die Strompreise völlig jenseits derer wichtiger Wettbewerbsregionen wie USA oder China, weil durch das Aus für viele andere Kraftwerke die Gaskraftwerke nun auch meist den Preis setzen. Die energieintensive Industrie hat bislang nicht einmal einen Hauch an Planungssicherheit, um in einem solchen Umfeld investieren zu können. Ganz besonders, weil man ja aus Klimaschutzgründen vordringlich auf primärenergetisch effiziente Prozesselektrifizierung umstellen und vielleicht sogar die Rohstoffe in Zukunft auf Strombasis herstellen muss – d.h., in Summe wird man also ein Vielfaches mehr an Strom benötigen. Ist der auch verfügbar?

»WETTBEWERBSFÄHIGE STROMPREISE SIND BEDINGUNG UND KATALYSATOR FÜR DIE TRANSFORMATION!«

Deshalb braucht die Industrie, braucht die Chemie- und Pharmaindustrie als energieintensive Branche JETZT dringend einen Transformationsstrompreis – nicht als Almosen oder Dauersubvention, sondern als zeitlich befristete Brücke, bis der Markt wieder wettbewerbsfähige Preise liefert. Diese Forderung fällt uns als Industrieverband mit sozialmarktwirtschaftlichem Kompass nicht leicht. In der aktuellen Situation ist dieses Instrument nötig. Denn wettbewerbsfähige Strompreise sind Bedingung und Katalysator für die Transformation.

Bis erneuerbare Energien im Überfluss vorhanden sind, brauchen energieintensive Unternehmen – vom KMU bis zum Großkonzern – diesen Industriestrompreis als stabile Brücke, damit vorher nicht „das Licht ausgeht“. Wie gesagt: Nicht als Dauerlösung, sondern als Brücke in eine Zukunft, in der ausreichend Strom aus erneuerbaren Energien zu wettbewerbsfähigen Preisen zur Verfügung steht. Deshalb ist es wichtig, dass das BMWK nun ein Arbeitspapier für einen solchen Brückenstrompreis vorgelegt hat. Das Konzept muss schnellstens in die Umsetzung finden und sich in der Detailausgestaltung vor allem daran messen lassen, dass das Ziel eines international wettbewerbsfähigen Industriestrompreises erreicht wird und in die Breite – also auch für KMU, auch für Chemieparks – wirkt. Denn wer die bestehende Produktion in Deutschland erhalten und Investitionen in den Standort fördern will, kommt um wettbewerbsfähige Strompreise für die Industrie nicht herum.



» DIE POLITIK MUSS DIE NOTWENDIGKEIT DER ENERGIEINFRASTRUKTUR ANERKENNEN UND UNTERSTÜTZEN!«

Natürlich darf dies keineswegs die einzige Maßnahme sein. Die regenerative Energieinfrastruktur – egal ob PV, Windkraft, Biomasse, Wasserkraft, Stromleitungen oder Wasserstoffstamnetz – muss jetzt mit maximaler Geschwindigkeit und ohne Wenn und Aber ausgebaut werden. Gut zu sehen, dass mittlerweile sogar der Bayerische Ministerpräsident samt Wirtschaftsminister anreist, wenn ein Übertragungsnetzbetreiber zum symbolischen Spatenstich für wenige Kilometer Stromtrasse einlädt. Gut zu sehen, dass diejenigen, die Begriffe wie „Monstertrassen“ salonfähig gemacht haben oder Wahlprogramme mit „Nein zu Südlink, SüdostLink“ verabschiedet haben, – Seite an Seite – neue Stromleitungen feiern. Es ist gut, dass die Politik die Notwendigkeit für solche Infrastruktur endlich wieder mehr anerkennt und sichtbar unterstützt. Auch hier sehen wir in gewisser Weise eine Zeitenwende.



Und der Bedarf an Infrastruktur ist immens, wenn man die Klimaneutralität in Bayern bis 2040 erreichen möchte. Ein solches Überbordwerfen von ideologischen Grundsätzen hätte man sich auch bei der Kernkraft in Deutschland gewünscht. Es ist wenig nachvollziehbar, dass man inmit-

ten einer Energiekrise diese Art der Energiegestehung – nach Jahrzehnten des Betriebs – nicht für wenige Monate länger am Netz lässt und stattdessen vermehrt Kohlekraftwerke hochfährt oder Atomstrom von EU-Nachbarländern importiert.

» GENEHMIGUNGSVERFAHREN SIND ZU LANGSAM
UND ZU KOMPLEX – TUT ENDLICH WAS DAGEGEN!«

Europäische Umweltpolitik – ein Dickicht an Zielkonflikten

Ein systemischer Befreiungsschlag ist auch bei einem anderen Dauerbrenner-Thema dringend geboten. In der Gesellschaft besteht ein klarer Konsens: In Deutschland geht es zu langsam voran. Lähmende und kaum noch beherrschbare Planungs- und Genehmigungsverfahren verzögern nicht nur fast jedes Großvorhaben, sondern legen auch zunehmend Routineverfahren lahm.

Fast alle wollen schnellere Genehmigungsverfahren!

Aber statt dieser Zielvorstellung im Sinne eines „think different“ endlich mit wirkungsvollen politischen Initiativen zu begegnen, verzettelt man sich im Klein-Klein. Und ganz besonders frustrierend ist es, dass man zwar einzelne Initiativen zur Verbesserung der Situation für die Energieinfrastruktur angegangen hat, die Industrie aber mit ihren Anlagen für die Wertschöpfung „hinter“ den Strommasten und den PV-Anlagen buchstäblich am langen Arm verhungern lässt. Es gibt bislang kaum wirklich effektive Ansätze, um bei diesem Thema einen echten Schritt voran zu kommen.



Und die EU-Kommission setzt dem Ganzen die Krone auf, wenn bei der geplanten Revision der Industrieemissionsrichtlinie – der zentrale rechtliche Rahmen für die Industrieanlagenzulassung in der EU – wirklich jede einzelne geplante Maßnahme dazu führt, dass Verfahren noch komplexer werden. Egal, ob bei der zukünftigen Grenzwertsetzung nach dem Stand der Technik, Vorgaben für Umweltmanagementsysteme oder auch Transformationsplänen auf Anlagenebene – mehr Bürokratie, mehr Aufwand, mehr Gutachten und mehr Komplexität! Eine fast schon absurde Antwort auf das

allseits gesellschaftlich gewünschte Ziel der Genehmigungsbeschleunigung – und sicher nicht im Sinne der Transformation.

Ein ähnlich absurdes Maß – ja fast schon schizophrene Züge – entwickelt das EU-Chemikalienrecht. Während die EU mit dem Chips-Act verzweifelt versucht, die Resilienz bei der Halbleiterherstellung durch den Aufbau von europäischen Produktionsstandorten für diese wichtige Schlüsseltechnologie zu stärken, möchten Umweltbehörden von fünf Mitgliedsstaaten dafür unverzichtbare Werkstoffe in der EU verbieten – die Fluorpolymere. So wurde Anfang des Jahres ein bislang beispielloses REACH-Restriktionsverfahren für ein Totalverbot von Per- und Polyfluoralkylsubstanzen (PFAS) aufgrund deren Persistenz, also Langlebigkeit, gestartet.



» PFAS-RESTRIKTION: EUROPÄISCHE RESILIENZBESTREBUNGEN WERDEN ZUR FARCE.«

Niemand wird bestreiten, dass Emissionen von persistenten Stoffen niedrigstmöglich sein müssen und gerade niedermolekulare PFAS Umweltrelevanz haben, die auch eine Regulierung rechtfertigt, ja sogar nötig macht. Daraus aber nun ein völlig undifferenziertes Pauschalverbot abzuleiten, ist nicht nur überzogen, sondern schlichtweg umwelt- und klimapolitischer Irrsinn.

Der undifferenzierte Verbotsansatz der PFAS-Beschränkung würde Fluorpolymere als maßgebliche werkstoffliche Enabler für viele Hightech-Anwendungen – von Elektromobilität bis Wasserstoffwirtschaft – zumindest erschweren, wahrscheinlich aber unmöglich machen. Und dies, obwohl von diesen Kunststoffen gar kein Risiko ausgeht – sie genügen sogar den OECD-Kriterien für sichere Werkstoffe.

Dass ein solches regulatorisches Umfeld nicht spurlos an Unternehmen vorbeigeht, wird anhand der geplanten Abwicklung des größten Fluorpolymerherstellers in Europa leider nun auch schon konkret fassbar. Das ist eine Tragödie für die Region. Aber auch industriepolitisch ist es eine sehr kritische Entwicklung, wenn in Zukunft wichtige Werkstoffe für nachhaltige Anwendungen nicht mehr in Europa mit den weltweit höchsten Umweltstandards (u.a.



Investitionen in geschlossene Wasserkreisläufe und ein weltweit einzigartiges Verfahren zum Upcycling von Fluorpolymeren) produziert werden können. Damit steigt die Abhängigkeit von außereuropäischen Produzenten mit zumeist niedrigeren Umweltstandards – sollte die EU wie geplant auch die Nutzung von Fluorpolymeren verbieten – und das Streben für mehr europäische Resilienz wird zur Farce.

»DIE EU-CHEMIKALIENPOLITIK SETZT DIE AXT AN DIE INDUSTRIELLE WERTSCHÖPFUNG.«

Mit dem PFAS-Dossier wird auch erstmalig die Fehlentwicklung im Rahmen der EU-Chemikalienstrategie in ihrer ganzen Tragweite sichtbar. Diese Strategie wird ungeachtet medialer Aufmerksamkeit mit kaum verminderter inhaltlicher Härte umgesetzt.

So wurden im Rahmen eines delegierten Rechtsaktes nahezu im Alleingang durch die EU-Kommission neue Gefahrenklassen in die CLP-Verordnung eingeführt. Diese neuen Gefahrenklassen sollen u.a. dazu dienen, Schnellrestriktionen für ganze Stoffgruppen anhand von Gefahrenmerkmalen (ggf. auch nur einzelner Vertreter der Gruppe, siehe PFAS-Restriktion) im Rahmen des generischen Risikomanagements (GRA) durchzuführen. Die Einführung des „GRA“ ist im Rahmen der REACH-Revision für Ende 2023 geplant. Durch die neuen Gefahrenklassen werden viele zusätzliche Substanzen zu Gefahrstoffen und so rücken auch weitere Stoffklassen ins Blickfeld der Regulatoren. Zudem bedeuten manche neue Gefahrenklassen keine Gefahr für Mensch und Natur im klassischen Sinne; teils basieren die Gefahrenmerkmale auch auf wenig robusten Kriterien (wie z.B. für Mobilität).

»ES DROHT EIN DRAMATISCHER SCHWUND VERFÜGBARER CHEMIKALIEN!«

Bei einem solchen undifferenzierten Regulierungsansatz allein auf Basis von Gefahrenmerkmalen können sich massive Verzerrungen und Brüche von ganzen Wertschöpfungsketten ergeben, weil sehr viele Substanzen auch ohne konkrete Evidenz eines Risikos für Mensch oder Natur verboten werden könnten. Wenn dies mit einer Beweislastumkehr verbunden wird, also Unternehmen oder Anwender jeweils den Bedarf für eine Nut-

zung von Stoffen begründen müssen, damit ggf. eine Ausnahme von der Regulierung erfolgen kann, ohne dass es verlässliche Kriterien dafür gibt, dann wird damit ein dramatischer Schwund verfügbarerer Chemikalien und vor allem große Unsicherheit für Unternehmen einhergehen – mit deutlichen Folgen für Investitionen und Innovationen.

Denn die Produkte und Innovationen der Chemieindustrie sind die Rohstoff- und Technologiebasis sämtlicher industrieller Wertschöpfungsketten. Dünnt man diese Rohstoffbasis aus, wird der Lösungsraum der gesamten Wirtschaft massiv verkleinert und letztlich die nachhaltige Transformation konterkariert.

»DROHT EIN ABSTIEG IN DIE 4. LIGA?«

All diese regulatorischen Entwicklungen gehen nicht spurlos an der deutschen Industrie vorbei. Jüngst titelten zwei Industrieverbände mit vielen mittelständischen Mitgliedsunternehmen in diesem Kontext „... jetzt mal Klartext: Deutschland verabschiedet sich aus der 1. Liga“. Man kann dabei nur warnen, diese Meldungen leichtfertig als typischen Pessimismus und Gejammer von Industrieverbänden abzutun. Das Fazit, dass sich Deutschland in einem Abstiegskampf befindet, ist nicht von der Hand zu weisen. Die Meldungen von Unternehmen, die Standorte schließen oder Zukunftsinvestitionen nicht mehr am Standort Deutschland tätigen, Forschung in andere Weltregionen verlagern o.ä., häufen sich. Und Konzernstrategen internationaler Unternehmen bestätigen: „Kein Mensch investiert in Deutschland“.



Es ist „5 nach 12“ und dringend Zeit zu handeln – die Zeitenwende muss jetzt endlich auch in der Industriepolitik ankommen!



Wirtschaftliche Lage

Die Lage ist ernst!

Seit über einem Jahr geht die Produktion der Branche kontinuierlich zurück. Die Rahmenbedingungen für die Industrie und Investitionen sind in Deutschland schlechter geworden.

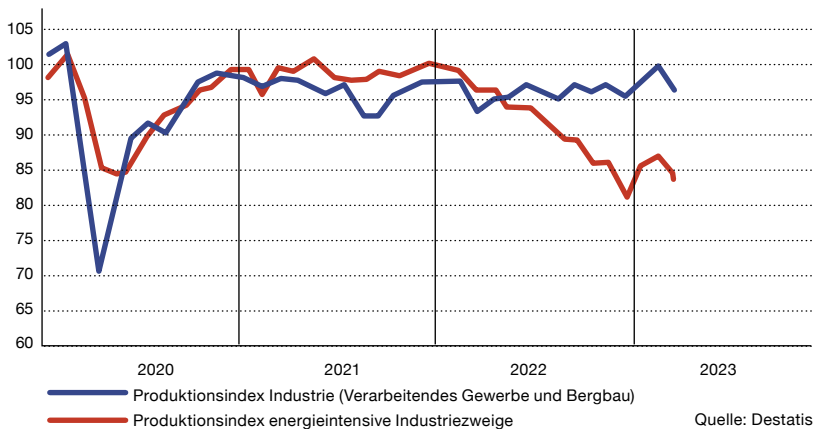
Wirtschaftliche Lage

Seit über einem Jahr geht die Produktion der Chemiebranche in Deutschland kontinuierlich zurück. Erst seit kurzem hat sich dieser Trend abgeschwächt. Die gestiegenen Erzeugerpreise haben diese Entwicklung in den Unternehmensumsätzen lange nicht erkennen lassen. Aber seit dem vierten Quartal 2022 gehen auch die Umsätze zurück.

Eine kraftvolle Erholung ist nicht in Sicht. Zunehmend wird das ganze Ausmaß der Energiekrise sichtbar. Auch wenn die Energie- und Rohstoffrechnung für viele Chemie- und Pharmaunternehmen im ersten Quartal 2023 niedriger ausfiel als drei Monate zuvor, sind die Kosten immer noch doppelt so hoch wie in den Vorjahren. Deutschland ist als Industriestandort international immer weniger wettbewerbsfähig. Die Gefahr ist groß, dass in der energieintensiven Chemie Investitionen und Arbeitsplätze immer stärker ins Ausland abwandern. Leider sind auch keine positiven Impulse aus dem Ausland zu erwarten. In Europa ist keine konjunkturelle Dynamik erkennbar. Auch aus anderen Regionen – insbesondere Asien – sind keine Impulse zu erwarten.

Produktionsindex deutsche Industrie

Index 2015=100, saisonbereinigt



Die Lieferkettenschwierigkeiten haben sich deutlich gebessert, aber auch hier kann noch nicht von Normalität gesprochen werden.

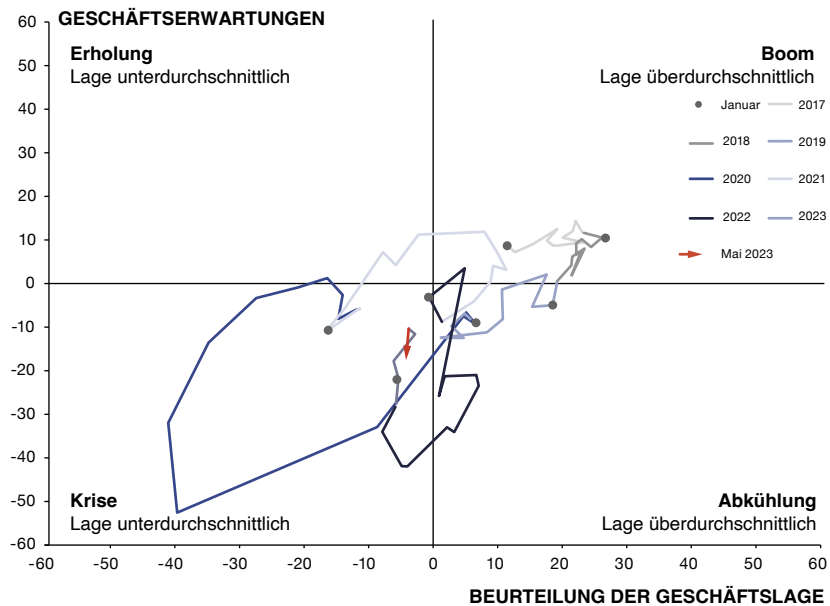
Durch die insgesamt starke Inflation gibt es in vielen Regionen eine Zinswende, was sich zunächst vor allem negativ auf die Baubranche auswirkt. Die deutsche Industrie – im Grunde aber die weltweite Industrie – zeigt insgesamt keine Wachstumsdynamik, weswegen eher ein Rückgang der Nachfrage zu erwarten ist.

» DIE HOHEN ENERGIEKOSTEN SIND DAS HAUPTPROBLEM UNSERER BRANCHE.«

Das ist problematisch, weil bereits jetzt die Kapazitätsauslastung mit unter 80% deutlich unter normal ist.

ifo Konjunkturuhr Deutschland*

Um ihren Mittelwert bereinigte Salden, saisonbereinigt



* Verarbeitendes Gewerbe, Dienstleistungssektor,
Handel und Bauhauptgewerbe

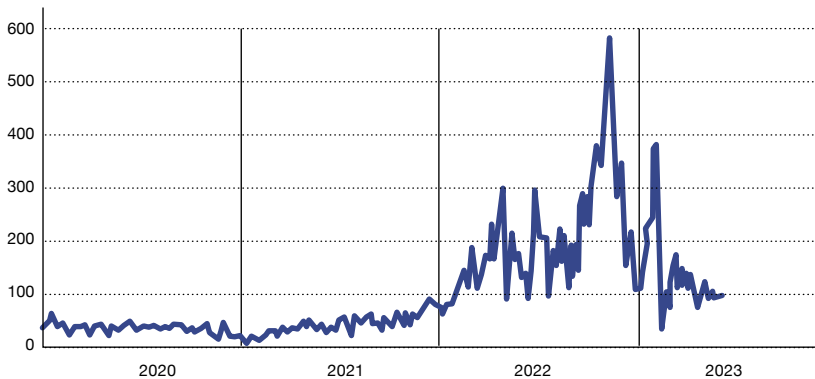
Quelle: ifo Konjunkturumfragen, Mai 2023
© ifo Institut

All das zusammen führt zu einer unterdurchschnittlichen Geschäftslage. Die Geschäftserwartungen haben sich zwar in den letzten Monaten wegen geringerer Probleme in den Lieferkettenfragen und wieder gesunkener Energiepreise verbessert, aber sie sind trotzdem noch weit weg von „gut“. Die Prognose (VCI) geht daher von einem Rückgang der Produktion von 5% (Chemie ohne Pharma sogar um -8%) in 2023 aus. Der Umsatz der Branche geht um 7% zurück.

Hauptursache für diese schwache Prognose sind auch hier die enorm gestiegenen Energiekosten, weswegen auch die Einführung eines Industriestrompreises so wichtig erscheint. Obwohl die Preise wieder deutlich gesunken sind, sind sie noch etwa doppelt so hoch wie vor der Krise – keine guten Bedingungen für eine energieintensive Branche.

Durchschnittliche Börsenstrompreise

Wöchentlich, Day Ahead Auktion (volumengewichtet) [Euro/MWh]



Quelle: EEX, EPEX Spot, VCI

**„Gelebte
Sozialpartnerschaft -
Verantwortungsvoller
Kompromiss in der
Krise!“**

„Die Chemie-Sozialpartner
haben mit ihrem Tarifabschluss
ein wichtiges Signal für
Planungssicherheit, den
Standort und Beschäftigung
gesendet und wollen
gemeinsam an der Stärkung
der Tarifbindung arbeiten.“

Tarifpolitik

Nach dem vorangegangenen „Brückenabschluss“ vom 05. April 2022, der bereits als verantwortungsbewusster tarifpolitischer Beitrag, in einer höchst unsicheren wirtschaftlichen Lage, bundesweit und branchenübergreifend für Aufsehen gesorgt hat, haben die Chemiearbeitgeber mit der IG BCE am 18. Oktober 2022 einen weiteren Tarifabschluss für die Chemie- und Pharmaindustrie erzielt.

Auch dieser trägt der außergewöhnlichen wirtschaftlichen Situation beider Seiten – Unternehmen wie Beschäftigte – Rechnung und kombiniert tabellenwirksame Entgelterhöhungen in zwei Stufen (jeweils 3,25% zum Jahresbeginn 2023 und 2024) mit einem Inflationsgeld von insgesamt 3.000 Euro, das nicht in die Tariftabellen eingeht. Bei wirtschaftlichen Schwierigkeiten können die Entgelterhöhungen um bis zu drei Monate verschoben werden.

Mit der Einigung erhalten die Unternehmen Planungssicherheit bis Ende Juni 2024 – gerade in der Krise ein echtes Plus für die gesamte Branche. Unternehmen, die durch die Krise wirtschaftlich besonders negativ betroffen sind, erhalten eine Entlastungsmöglichkeit. Und das Inflationsgeld, das „brutto gleich netto“ bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ankommt, ist ein wichtiger Beitrag dazu, die hohen inflationsbedingten Belastungen der Beschäftigten abzumildern, ohne die Unternehmen dabei auf Dauer zu belasten.

» DIE KRISENABSCHLÜSSE SIND EINE VERANTWORTUNGS- BEWUSSTE ANTWORT AUF UNSICHERE ZEITEN.«

Die beiden Tarifabschlüsse, die gleichzeitig viele Register tarifpolitischer Gestaltungsmöglichkeiten ziehen, sind – im Hinblick auf eine drohende Lohn-Preis-Spirale – nicht nur ein Beispiel für eine gesamtgesellschaftlich verantwortungsbewusste tarifpolitische Antwort in höchst unsicheren Zeiten. Sie sind auch Ausdruck der gelebten, besonderen Sozialpartnerschaft in der chemisch-pharmazeutischen Industrie.

In diesem Bewusstsein haben BAVC und IG BCE im letzten Tarifabschluss auch den Willen bekundet, *„gemeinsam an der Stärkung der Tarifbindung in Deutschland (zu) arbeiten. Sozialpartnerschaft, Tarifverträge und Tarifbindung*

sind Grundpfeiler der Sozialen Marktwirtschaft, die gerade auch in der Krise ihren Wert für Wirtschaft und Gesellschaft unter Beweis stellen. In einem strukturierten Prozess werden die Chemie-Sozialpartner im Rahmen der Laufzeit des Tarifvertrages Ideen für tarifliche Regelungen zur Stärkung der Tarifbindung auf beiden Seiten entwickeln.“

»DIE SOZIALPARTNER WOLLEN GEMEINSAM AN DER STÄRKUNG DER TARIFBINDUNG ARBEITEN!«

Und hier wird es – wen wundert's – natürlich spannend!

Denn selbst wenn die Sozialpartner hier im Ergebnis das gleiche Ziel verfolgen – die Vorstellung über den richtigen Weg dorthin ist naturgemäß nicht unbedingt deckungsgleich.

Aus unserer Sicht sind, was die Stärkung der Tarifbindung betrifft, gute Tarifverträge, die für beide Seiten Vorteile bieten, immer noch das beste Argument. Innovative Tarifpolitik muss dabei vor allem bedarfsorientierter Lösungsanbieter sein, wo tarifliche Regelungen sinnvoll sind und einen Mehrwert liefern. Dabei erfüllen Regelungen, die zwar „neu“ sind, aber beliebig komplex und mit hohem Umsetzungsaufwand am tatsächlichen Bedarf vorbeigehen, den Begriff „innovativ“ sicher nicht.

Die Tarifpolitik in der chemischen Industrie hat in dieser Hinsicht in der Vergangenheit vieles richtig gemacht. Gemeinsam haben die Chemie-Tarifparteien schon frühzeitig auf den strukturellen Wandel der Arbeitswelt reagiert. Auch bei der Bewältigung der Finanzkrise hat die Sozialpartnerschaft einen echten Härte-test überzeugend bestanden und die damals schwerste Wirtschaftskrise in der Nachkriegszeit schnell und gut gemeistert. Und auch auf die demografische Herausforderung und den damit einhergehenden Arbeits- und Fachkräftemangel sowie auf die Digitalisierung der Arbeitswelt haben die Chemie-Sozialpartner zahlreiche innovative Antworten gefunden und wichtige Weichen gestellt.

Die Tarifvertragsparteien in der chemischen Industrie haben sich dabei wiederholt zum Flächentarifvertrag und seiner Weiterentwicklung bekannt und waren damit in der Vergangenheit bei vielen Fragen auf dem richtigen Weg.

Bereits sehr früh hat unsere Branche aber auch erkannt, wie wichtig gerade die Kostenflexibilisierung in volatilen Zeiten im internationalen Wettbewerb ist.

»DAS ERFOLGSREZEPT: KOSTENFLEXIBILISIERUNG IM FLÄCHENTARIFVERTRAG!«

Um diese wirklich innovativen tariflichen Regelungen beneiden uns andere Branchen bis heute und versuchen, Vergleichbares umzusetzen. Welche Auswirkungen auf den Flächentarifvertrag und die Tarifbindung eine nachhaltige Abkehr von diesem Verständnis von Tarifpolitik haben kann, ist in anderen Branchen mit geringer Tarifbindung zu besichtigen.

»WIR WERDEN DIE TRANSFORMATION NUR GEMEINSAM SCHAFFEN!«

In diesem Zusammenhang wären auch Gedankenspiele über eine Änderung der Kultur oder des Businessmodells, um die eigene Mitgliedschaft bei der Stange zu halten, wenig hilfreich. Mehr Krawall löst keine Probleme!

Denn neben der kostenflexiblen Tarifpolitik war und ist eine funktionierende Sozialpartnerschaft, der konstruktive und partnerschaftliche Umgang miteinander und der daraus resultierende Betriebsfriede letztlich immer auch ein wesentlicher Standortfaktor, der dafür gesorgt hat, dass es die energieintensive chemische Industrie, zukunftsgerichtete Investitionen und den Flächentarifvertrag angesichts des internationalen Wettbewerbs in Deutschland in dieser Form noch gibt!

Und deshalb werden wir auch die anstehende Transformation in diesem Sinne nur gemeinsam in einem konstruktiven Miteinander und nicht im Konflikt schaffen!

Sozialpolitik

Bezahlbare Arbeitskosten sind die zwingende Voraussetzung für einen funktionierenden Arbeitsmarkt und einen leistungsfähigen Sozialstaat.

Beitragssätze in der gesetzlichen Sozialversicherung von über 40% schwächen die Wettbewerbsfähigkeit unseres Standorts.



Raus aus dem Krisenmodus – rein in die Reformen

Am 07. April 2023 hat mit Auslaufen der letzten Corona-Schutzmaßnahmen die Coronakrise – aus Sicht der Gesetzgebung – ihr Ende gefunden. Um ihre Belegschaften zu schützen und ihren Wirtschaftsbetrieb aufrecht zu halten, haben unsere Unternehmen in den letzten zweieinhalb Jahren immense Anstrengungen unternommen.

Nun gilt es, den Blick wieder nach vorne zu richten. Welche Herausforderungen gilt es zu meistern? Die 3D-Frage (Digitalisierung, Dekarbonisierung und Demografischer Wandel) ist nach wie vor nicht gelöst und wie wird sich diese Transformation mittelfristig auf unsere Branche auswirken?

Die Chemiearbeitgeber haben deshalb zusammen mit der Boston-Consulting-Group die Studie „Chemie-Arbeitswelten 2030“ erstellt. Diese prognostiziert die Entwicklung des Beschäftigungsbedarfs in der chemisch-pharmazeutischen Industrie bis zum Jahr 2030. Drei Szenarien – „Rückschritt“, „Stillstand“ und „Fortschritt“ – modellieren die künftige Entwicklung der Arbeitswelt unter dem Einfluss der Transformation in der Chemie.



»DIE WEICHEN FÜR ERFOLG ODER MISSERFOLG
WERDEN BIS 2025 GESTELLT.«

Geht es zurück, verliert die Chemiebranche bis 2030 rund 63.000 Full Time Equivalents (FTEs). Geht es voran, können in diesem Zeitraum 25.000 FTEs zusätzlich geschaffen werden.

Ziel ist das Szenario „Fortschritt“. Hierfür bedarf es einerseits mutiger Initiativen der Unternehmen, um die Attraktivität der Branche zu steigern, andererseits müssen die wirtschafts- und sozialpolitischen Rahmenbedingungen stimmen. Doch der Blick auf die Bemühungen im sozialpolitischen Bereich der Ampelkoalition offenbart nur Baustellen und keinen Fortschritt.

Soziale Sicherung

2023 übersteigen die Beitragssätze für die Sozialversicherungen erstmals die seit 2008 eingehaltene 40%-Marke und erhöhen sich auf 40,45%. Durch den demografischen Wandel gerät unser Sozialversicherungssystem unter

Druck. Während die Einnahmen aus Beitragszahlungen zurückgehen, steigen die Ausgaben tendenziell. In der Konsequenz drohen Finanzierungslücken und somit steigende Beiträge und/oder wachsende Steuerzuschüsse.

» REFORMBEDARF JETZT ANGEHEN – GESAMTBEITRAGSSATZ WIEDER UNTER DIE 40%-MARKE DRÜCKEN!«

Obwohl die Entwicklungen, wie dauerhafte Verschiebung der Altersstruktur durch Geburtenrückgang und höheres Lebensalter, seit 20 Jahren vorhersehbar sind, unterbleiben die nötigen Strukturreformen. Besonders betroffen sind aktuell die gesetzliche Krankenversicherung und die soziale Pflegeversicherung. In beiden Bereichen sind deshalb weitere Beitragssteigerungen vorprogrammiert. Um die Einnahmenbasis zu verbreitern, wird in Teilen nunmehr die Forderung erhoben, die Beitragsbemessungsgrenze in den beiden Zweigen anzuheben. Diesen Schritt hin zu einer sogenannten Bürgerversicherung lehnen wir entschieden ab. Über alle Branchen hinweg käme es zu einem weiteren Anstieg der Lohnzusatzkosten auf über 46%. Der ungebremste Anstieg der Beitragssätze darf kein Dauerzustand werden. Wir fordern hier, rasch die nötigen Reformen anzugehen, um die Beitragsbelastung wieder unter 40% zu senken.

In der Rentenversicherung brauchen wir schnellstmöglich Anpassungen der Alterssicherungssysteme, wie z.B. eine kapitalgedeckte Altersversorgung und eine sofortige Abschaffung der abschlagsfreien Rente mit 63.

» WIR WERDEN ALLE LÄNGER ARBEITEN MÜSSEN – DIE RENTE IST AN DIE STEIGENDE LEBENSERWARTUNG ZU KOPPELN.«

In der Krankenversicherung muss durch eine Strukturreform die Effizienz gesteigert werden. Gleiches gilt auch für die Pflegeversicherung. Eine grundlegende und nachhaltige Strukturreform hat auch eine Weiterentwicklung der Pflegefinanzierung und der Pflegeinfrastruktur zu umfassen.

Regulierung

Im Koalitionsvertrag der Ampelkoalition ist an 50 Stellen vom Bürokratienabbau die Rede. Die Wirklichkeit ist jedoch eine andere. So stellen unnötige bürokratische Belastungen ein drohendes Wachstumshemmnis für die Wirtschaft dar. Sie binden finanzielle und fachliche Ressourcen in den Unterneh-

men und hemmen Innovationen. Beispielhaft sind hier zu nennen:

- Formvorschriften, die, wie im Nachweisgesetz, eine eigenhändige Nassunterschrift (Papierform) unter Ausschluss der qualifizierten digitalen Unterschrift vorsehen, sind ein Rückschritt. Die fortgeschrittenen Digitalisierungsbemühungen der Unternehmen bei elektronischen Personalakten und Arbeitsverträgen werden dadurch zurückgeworfen.

» EIN MODERNER ARBEITSZEITRAHMEN MUSS SICH AN DEN ERFORDERNISSEN DER WIRTSCHAFT ORIENTIEREN.«

- Der derzeit vorliegende Referentenentwurf zur Arbeitszeiterfassung ist unangemessen und beinhaltet eine übermäßig bürokratische Handhabung. Die strenge Erfassungspflicht beeinträchtigt nicht nur die Arbeitgeber, sondern auch diejenigen Arbeitnehmer, die sich selbst eine flexible, unkomplizierte und unbürokratische Arbeitszeitgestaltung wünschen und deren Arbeitgeber das auch ermöglichen können.

Wir fordern deshalb den Gesetzgeber auf, den jetzigen Entwurf grundlegend zu überarbeiten. Besonders wichtig sind dabei die freie Wählbarkeit der Form der Arbeitszeiterfassung durch den Arbeitgeber wie bisher sowie die Nutzung von Gestaltungsspielräumen, die der europäische Rechtsrahmen belässt. Diese müssen insbesondere genutzt werden, um Arbeitnehmer in Vertrauensarbeitszeit und mobiler Arbeit von der Zeiterfassung auszunehmen.

- Im Sommer 2021 wurde das Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz verabschiedet. Die Unternehmen werden verpflichtet, menschenrechtliche und umweltbezogene Risiken in ihren Lieferketten zu bewerten. Für Unternehmen mit mindestens 3.000 Beschäftigten ist das Gesetz am 01.01.2023 in Kraft getreten. Ein Jahr später wird der Geltungsbereich auf Unternehmen mit mindestens 1.000 Beschäftigten erweitert.

Auch auf EU-Ebene werden gesetzliche Regelungen diskutiert. Im Februar 2022 hat die EU-Kommission mit ihrem Vorschlag zu einer Richtlinie „über die Sorgfaltspflichten von Unternehmen im Hinblick auf Nachhaltigkeit“ eine europäische „Lieferkettenrichtlinie“ (LkRL) vorgelegt. Der Vorschlag geht deutlich über das deutsche Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz (LkSG)

hinaus. Dies betrifft unter anderem den Umfang der Sorgfaltspflichten, die zivilrechtliche Haftung der Unternehmen sowie den Anwendungsbereich, der die gesamte Wertschöpfungskette („up- und downstream“) und nicht nur die Lieferkette umfassen soll.



Vor diesem Hintergrund erarbeitet Chemie³ einen Branchenstandard für nachhaltige Wertschöpfung. Damit will die Nachhaltigkeitsinitiative insbesondere kleinen und mittleren Unternehmen eine praxisnahe Hilfestellung bieten.

- Die Liste ließe sich mit Gas- und Strompreisbremsegesetz, Hinweisgeberschutzgesetz, den geplanten Vorhaben zu mobiler Arbeit, Vaterschaftsurlaub, Beschäftigtendatenschutz und Tariftreuegesetz beliebig fortsetzen.

»NUR KONSEQUENTER BÜROKRATIEABBAU SCHAFFT DIE VORAUSSETZUNG FÜR WACHSTUM UND BESCHÄFTIGUNG!«

Wo sich aber gesellschaftliche, politische und wirtschaftliche Rahmenbedingungen so rasch und grundlegend ändern, dass von einer Zeitenwende gesprochen werden kann, fordern wir, die Deregulierung und den Bürokratieabbau mit Nachdruck zu verfolgen. Die höhere Belastung der Arbeitgeber schwächt die Wettbewerbsfähigkeit unseres Standorts zusätzlich.

Fachkräfte

Uns fehlen Arbeits- und Fachkräfte auf allen Ebenen. Laut Stellenerhebung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) gab es im ersten



Quartal 2023 bundesweit 1,75 Millionen offene Stellen. Die Zahl der Erwerbstätigen in Bayern wird bis 2035, selbst bei gleichbleibender Zuwanderung, um 700.000 von 6,5 auf 5,8 Millionen zurückgehen. Der Arbeits- und Fachkräftemangel ist somit einer der größten Bremsklötze der deutschen Wirtschaft, verschärft das Problem der Finanzierung der Sozialversicherungssysteme

und ist eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung. Damit der Wohlstand in Deutschland und die Attraktivität des Wirtschaftsstandorts Deutschland auch in Zukunft erhalten bleiben, muss die Arbeits- und Fachkräftesicherung oberste Priorität haben.

Mit dem Fachkräfteeinwanderungsgesetz wird der richtige Weg eingeschlagen. Allerdings sehen wir noch Nachbesserungsbedarf mit Blick auf die Beschleunigung der Verwaltungsverfahren.

»ZUWANDERUNG IST EIN BAUSTEIN ZUR ARBEITSKRÄFTE- UND FACHKRÄFTESICHERUNG.«

Daneben sind Technologie- und Produktivitätssprünge nötig, damit der Arbeitsbedarf gedeckt werden kann. Künstliche Intelligenz erobert die Arbeitswelt. Sie kann bei der Bewältigung des Arbeitskräftemangels helfen. Die Fähigkeit, mit KI-Systemen zu arbeiten und zumindest deren grundlegende Funktionsweise zu verstehen, wird zur Schlüsselkompetenz – für Arbeitgeber und Beschäftigte gleichermaßen. Damit ist klar: Für die KI-Revolution brauchen wir auch eine Bildungsrevolution.

Ausblick

Die Arbeit der letzten Monate zeigt, dass gemeinsames Handeln von Unternehmen und Verbänden auf Fach-, Landes- und Bundesebene zu positiven Veränderungen führen kann. Genannt seien hier die Verbesserungen beim Bürgergeld und beim Hinweisgeberschutzgesetz. Dies gilt es fortzusetzen.

»DIE POLITIK MUSS DEN KRIENMODUS VERLASSEN UND DEN TRANSFORMATIONSTURBO EINSCHALTEN!«

Unser eingangs genanntes Ziel – das Szenario „Fortschritt“ – können wir nur erreichen, wenn sich die wirtschafts- und sozialpolitischen Rahmenbedingungen dramatisch verbessern. Hierzu muss auf allen Ebenen unverzüglich der Turbo eingeschaltet werden, damit die Transformation gelingt und in unserem Lande der Wohlstand gesichert werden kann. Die Politik muss den Krisenmodus und das „Fahren auf Sicht“ verlassen. Bürokratie, Verbote und Verzicht bremsen Innovation und verhindern Investitionen.

Gefordert sind strategischer Weitblick und Reformen, die Flexibilität und Freiräume für unternehmerisches Handeln schaffen, die sich an marktwirtschaftlichen Prinzipien orientieren und die den Ehrgeiz und die Freude am Erfinden fördern.

Pharmastandort

Die Pharmabranche
kann eine
Leitbranche werden.



Bayern ist eigentlich ein starker Pharmastandort. Aber die Spargesetze aus Berlin schwächen uns. In Deutschland drohen weitere Lieferengpässe!

Pharmastandort Bayern

Bayern ist ein Pharmastandort. Von vielen großen Pharmakonzernen ist die Deutschlandzentrale in Bayern angesiedelt. Und seit Jahrzehnten hat sich in Bayern – durchaus mit Unterstützung des Freistaats – ein beachtliches Cluster in der Biotechnologie gebildet. Insgesamt ist die Gesundheitswirtschaft in Bayern ein wirtschaftspolitisches Pfund. Die Anteile der Bruttowertschöpfung, der Exportstärke, der Konjunkturstabilität sowie der Erwerbstätigenzahl verdeutlichen dies. Bundesweit trägt die Gesundheitswirtschaft mit über 390 Milliarden Euro rund 12% zum nationalen BIP bei – Tendenz steigend. Rund 7,7 Millionen Erwerbstätige sind in der Gesundheitswirtschaft aktiv – Tendenz steigend. Der Gesundheitswirtschaft sind 9,4% der gesamtdeutschen Exporte zuzuschreiben. In Bayern liegt der Beitrag zur Bruttowertschöpfung bei 59 Milliarden Euro (entspricht 10,6% der Gesamtwirtschaft) mit knapp 1,2 Millionen Erwerbstätigen – Tendenz steigend. (Quelle: WifOR, BMWK)

»DIE PHARMAINDUSTRIE KANN EINE
NEUE LEITBRANCHE FÜR BAYERN WERDEN!«

Nicht ohne Grund spricht der bayerische Gesundheitsminister Klaus Holetschek oft davon, dass die Gesundheitswirtschaft und insbesondere die Pharmaindustrie eine neue Leitbranche für Bayern werden könne. Auch im Vergleich zur Chemie durften wir in den letzten Jahren ein stetiges Wachsen der Pharmabranche beobachten. Tendenz steigend! Ist also alles gut?

Schon lange beobachten wir, wie eine Finanznotlage der gesetzlichen Krankenversicherungen nach der anderen durch Spargesetze insbesondere die Pharmaindustrie belastet.

Die Corona-Pandemie hat gezeigt, welche Schlüsselrolle Pharmaunternehmen bei der Entwicklung innovativer Impfstoffe und Therapeutika innehaben. Noch in der Pandemie hatten wir alle gesehen, wie wichtig eine gute und sichere Versorgung mit Arzneimitteln (und anderen Dingen) ist, wie glücklich wir sein können, dass es eine forschende Pharmaindustrie gibt, die innerhalb kürzester Zeit einen Impfstoff entwickeln und dann in großen Mengen produzieren kann. Die Wertschätzung für die Branche war hoch.

Trotzdem wurde 2022 mit dem GKV-Finanz-Stabilisierungsgesetz (GKV-FinStG) ein Spargesetz durch den Bundestag gebracht, das trotz enormer Kostensteigerungen bei allen Unternehmen – auch den Pharmaunternehmen – wieder gerade die Pharmabranche belastet.

» «TENDENZ STEIGEND“ IST NUR DER BLICK IN DEN RÜCKSPIEGEL!
ES LIEGT EINIGES IM ARGEN!«

Somit wurden durch das GKV-FinStG – auch mangels eines Dialogs mit den Beteiligten – Chancen zur nachhaltigen Stabilisierung der Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung verpasst. Statt die Preise zu erhöhen, wie es bei der hohen Inflation richtig gewesen wäre, wurden weitere Zwangsrabatte und Abschläge beschlossen.

Die ohnehin schon schwierige Situation insbesondere in der Generikabranche hat sich damit nochmal verschlechtert. Und die Auswirkungen sind in den Apotheken – Lieferengpässe bei Kinderarzneimitteln und onkologischen Präparaten – schon seit langem spürbar. Die Preise sind einfach zu niedrig bzw. das, was am Ende für die Pharmahersteller übrigbleibt, ist zu wenig.

Die vorgesehenen Einsparmaßnahmen lassen eine hinreichende Auseinandersetzung mit ihren Konsequenzen für die Versorgungsqualität und -sicherheit von Arzneimitteln sowie unseren Pharma- und Forschungsstandort vermissen. So haben sich im Generikamarkt bereits einige Unternehmen aus bestimmten Indikationen zurückgezogen. In anderen Fällen sorgt das niedrige deutsche Preisniveau dafür, dass der internationale Handel die Arzneimittel eher in andere Länder lenkt.

Was sich im Generikamarkt als Lieferengpass äußert, bedeutet für den Patentmarkt, dass eine Markteinführung zunächst in anderen Ländern erfolgt – Deutschland war lange das „first launch country“ – oder dass sich Unternehmen mit dem Präparat vom deutschen Markt ganz zurückziehen. Aber in jedem Fall wird die Versorgung in Deutschland schlechter – schlechter als nötig.

Durchaus unter tatkräftiger Mitwirkung der Pharmainitiative Bayern – sozusagen dem Pharma-Arbeitskreis der Bayerischen Chemieverbände – wurde eine

Gemeinsame Erklärung von Pharmaindustrie und bayerischem Gesundheits- und Wirtschaftsministerium zu diesem Gesetz erarbeitet. Grundtenor: Diese Politik schadet der Versorgung der Patienten.

Gesundheitsminister Klaus Holetschek hat dieses Papier und zwei weitere – eines zur „Klinischen Forschung“ und eines explizit zum Thema „Lieferengpässe“ – in einer großen Veranstaltung, dem Bayerischen Pharmagipfel in Berlin, vorgestellt.



» BAYERN HAT SICH MIT DREI STARKEN POSITIONSPAPIEREN
IN BERLIN ZU WORT GEMELDET.«

Dass im Rahmen unseres Expertendialogs auch noch eine gemeinsame Erklärung zum Thema „Klinische Forschung“ erarbeitet wurde, liegt daran, dass es auch hier andere Länder offenbar besser hinbekommen, Klinische Forschung ins eigene Land zu holen. Von Platz 2 (2016) ist Deutschland auf Platz 6 – hinter Spanien – gefallen. Zu kompliziert und zu langsam sind die Strukturen und Prozesse in Deutschland.

Die Stärkung des Pharmastandortes Bayern und der bayerischen Gesundheitswirtschaft und eine zukunftssichere Arzneimittelversorgung müssen die Eckpfeiler der bayerischen Politik für ein Gesundheitssystem der Zukunft sein. Es ist höchste Zeit, dass sich die Wertschätzung für die Pharmabranche, wie wir sie in der Corona-Pandemie erlebt haben, auch in der Gesetzgebung widerspiegelt. Nur so ist es möglich, dass sich die Resilienz, die wir in der Pandemie teils vermisst haben, nicht noch weiter verschlechtert.

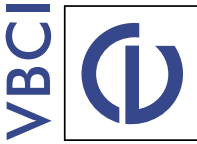
Am Ende ist all das schlicht nötig, wenn die Versorgung der Patienten nicht schlechter, sondern besser werden soll. Ein gutes und starkes Gesundheitssystem zahlt auf so viele Aspekte des Wohlstands ein, dass es lohnt, gegebenenfalls mehr zu investieren.

Aus der Arbeit des VBCI

Die Herausforderungen
an die Personal-
abteilungen sind enorm.

Der VBCI unterstützt die
Mitglieder mit vielfältigem
Informations-, Beratungs-
und Weiterbildungsangebot





Aus der Arbeit des VBCI

Der Verein der Bayerischen Chemischen Industrie (VBCI) vertritt die tarifpolitischen und sozialpolitischen Interessen der chemischen und pharmazeutischen Industrie in Bayern. Durch zielgerichtete Maßnahmen auf betrieblicher und überbetrieblicher Ebene leisten wir einen Beitrag, wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen für unsere Mitgliedsunternehmen in Bayern zu schaffen und zu erhalten.

»DER VBCI BIETET HOCHQUALIFIZIERTE ARBEITS- UND TARIFRECHTLICHE BERATUNG.«

Zu den vorrangigen Aufgaben des Verbandes gehören die Willensbildung in den Gremien und die arbeitsrechtliche und tarifrechtliche Beratung und Prozessvertretung unserer Mitglieder durch unsere hochqualifizierte und spezialisierte Rechtsabteilung, welche sich in Verhandlungen mit Betriebsratsgremien sowie vor den Arbeits- und Landesarbeitsgerichten und dem Bundesarbeitsgericht für die Interessen unserer Firmen einsetzt. Unsere Mitarbeiter sind ehrenamtliche Richter bei Arbeitsgerichten, Sozialgerichten, Landesarbeitsgerichten und dem Bundesarbeitsgericht. Wir vertreten die Interessen der Branche beim Deutschen Juristentag, in der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft und der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände. Unsere Rechtsabteilung ist beratend an deutschen und europäischen Gesetzgebungsverfahren beteiligt.

»GREMIENARBEIT IST DIE BASIS FÜR ERFOLGREICHE INTERESSENSVERTETUNG.«

Ein zentraler Baustein des VBCI als Arbeitgeberverband ist die Gremienarbeit. Im Wirtschaftspolitischen Ausschuss, Tarifpolitischen Ausschuss, Sozial- und Personalpolitischen Ausschuss (SPA), im Arbeitskreis Berufsausbildung und im Arbeitskreis Personalentwicklung wird den Vertretern unserer Firmen ein Forum zum Informations- und Wissenstransfer und zur Abstimmung von Positionen gegenüber Politik und Gewerkschaften gegeben. Tarifpolitische Entwicklungen in der chemischen Industrie wie anderer Branchen werden analysiert und können vertrauensvoll diskutiert werden.

Im Rahmen des SPA wurden aktuelle Gesetzgebungsvorhaben wie das Hinweisgeberschutzgesetz oder das Gesetz zur Arbeitszeiterfassung wie auch wichtige Entscheidungen des Bundesarbeitsgerichts vorgestellt, bewertet und die sich für die Firmen daraus ergebenden Handlungsoptionen diskutiert.

Arbeit der Rechtsabteilung

Die Schlagzahl in der Rechtsabteilung war auch in den vergangenen Monaten herausfordernd. Das Tagesgeschäft wurde bestimmt vom Arbeitsrecht von A bis Z, einem stetigen Fluss von Kündigungsschutz-, Entfristungs- und Teilzeitklagen sowie sich regelmäßig wandelnden tagesakturellen Themen.

Ein Bereich, der im Jahr 2022 weiter hohe Bedeutung hatte, waren die rechtlichen und gesellschaftspolitischen Folgen der Corona-Pandemie. So mussten Kündigungen gegenüber Corona-Leugnern, Maskenverweigerern und Impfpassfälschern ausgesprochen und vor Gericht durchgefochten werden. Besonders anspruchsvoll gestalteten sich die Verfahren hinsichtlich der Einrichtungsbezogenen Impfpflicht, welche insbesondere die Unternehmen in der Pharmabranche vor große Probleme im Umgang mit ihrem Aussendienst stellte. Ungeimpfte Mitarbeiter konnten in Kliniken und Arztpraxen kaum oder gar nicht eingesetzt werden, was zu einer Unmöglichkeit der Beschäftigung führte.

»BÜROKRATIEMONSTER – AUCH IM ARBEITSRECHT GESICHTET!«

Deutlich an Bedeutung gewonnen hat die „Arbeitsvertragsgestaltung“. Mit dem Nachweisgesetz hat die aktuelle Bundesregierung eine EU-Richtlinie in nationales Recht umgesetzt und hierbei (ohne Not) ein Schrift-



formerfordernis konstituiert, welches Unternehmen zu einem Umschwenken bei der Formulierung und Neugestaltung von Arbeitsverträgen nötigte. Der VBCI hat den Mitgliedern umgehend Informationsmaterial und Vertragsmuster zur Verfügung gestellt und darüber hinaus im Rahmen von Infoveranstaltungen und Schulungen die größten Unsicherheiten bei der Umsetzung des

Gesetzes nehmen können. Neben der persönlichen Beratung durch die Ansprechpartner der Rechtsabteilung hilft zudem der Dokumentengene-

rator als Teil des Chemie-Rechtsportals bei der Lösung erster Fragen, auf den man im Mitgliederbereich unter www.vbci.de zugreifen kann.

Informationsangebote des Verbandes

Erfreulicherweise konnte das von den Mitgliedsfirmen sehr geschätzte Corona-Rundschreiben nach exakt 350 Auflagen am 26. Januar 2023 eingestellt werden. Die erste Ausgabe wurde am 24. März 2020 versandt, ohne dass abzusehen war, dass diese Informationen für beinahe drei Jahre, teilweise zweimal pro Tag, verschickt werden müssen.

Nun werden unsere Mitgliedsfirmen natürlich weiterhin über unsere tagesaktuellen Informationen, Arbeitshilfen und Muster im Extranet sowie den wöchentlichen Newsletter und das monatliche Journal über arbeits-, tarif- und sozialpolitische Entwicklungen und die in den Unternehmen umzusetzenden Urteile, Gesetze und personalpolitischen Maßnahmen informiert. Die Einstellung der Corona-Rundschreiben dürfte somit aus unterschiedlichsten Gründen verschmerzbar sein.

»ERFOLGSMODELL CORONA-RUNDSCHREIBEN
NACH 350 AUFLAGEN EINGESTELLT.«

Weiterbildungsangebote des Verbandes

Das Ende der Coronabeschränkungen hat auch für das Weiterbildungsangebot des VBCI mehrere positive Aspekte. So gibt es weiterhin die in der Pandemie entwickelten Online-Schulungsangebote. Gleichzeitig können die bewährten Präsenzschulungen und Fachvorträge wieder durchgeführt werden.

Der „Legal Lunch“, ein monatlich stattfindendes einstündiges Schulungsangebot des Verbandes, lockt regelmäßig über 100 Teilnehmer vor den Bildschirm. Die Präsenzveranstaltungen bieten den Vertretern unserer Mitgliedsfirmen die Möglichkeit, neben dem Erwerb von Wissen den persönlichen Austausch zu pflegen und wieder „ins Gespräch zu kommen“.

»WIR HELFEN BEI TARIFLICHEN EINZELFALLLÖSUNGEN –
ANGEPASST AN BETRIEBLICHE BEDÜRFNISSE.«

Kollektive Verhandlungen

Neben den unter bayerischer Beteiligung ablaufenden Bundestarifver-

handlungen waren die Verbandsjuristen auch bei wichtigen betriebs- und unternehmensweiten Verhandlungen zwischen Arbeitgeber, Betriebsrat und Gewerkschaft eingebunden. Die wirtschaftliche Situation einiger Mitgliedsfirmen machte auf das Unternehmen zugeschnittene Einzelfalllösungen zur Absenkung von finanziellen Belastungen oder für individuelle Arbeitszeitmodelle erforderlich, die im Rahmen der Zusammenarbeit mit dem VBCI regelmäßig gelöst werden konnten. So wurden insbesondere Stundungen von Sonderzahlungen, Absenkungen von Einmalzahlungen oder die Anpassung der Arbeitszeit an die Bedürfnisse der betrieblichen Arbeitsplanung umgesetzt. Des Weiteren konnten unter Beteiligung der Juristen erfolgreich Interessensausgleichs- und Sozialplanverhandlungen geführt und mit einem wirtschaftlich vertretbaren Ergebnis für das jeweilige Mitgliedsunternehmen zum Abschluss gebracht werden.

Chemie-Sozialpartnermodell

Ende letzten Jahres gelang es den Tarifvertragsparteien der chemischen Industrie, einen wichtigen Schritt in Richtung der Weiterentwicklung und Stärkung der betrieblichen Altersvorsorge zu gehen. Über eine Ergänzung des Tarifvertrages über Einmalzahlungen und Altersvorsorge wurde die Grundlage zur Einführung des neuen Chemie-Sozialpartnermodells geschaffen. Hierbei wird eine neue Zusageart in der betrieblichen Altersvorsorge geschaffen: die reine Beitragszusage.

»DAS NEUE SOZIALPARTNERMODELL IST EIN MEILENSTEIN DER BETRIEBLICHEN ALTERSVORSORGE.«



Bei der reinen Beitragszusage sagt der Arbeitgeber dem Arbeitnehmer nur die Zahlung von Beiträgen zu. Ziel und Vorteil der reinen Beitragszusage sind höhere mögliche Renditen und damit attraktivere Rentenleistungen durch eine chancenorientierte Kapitalanlage sowie den Verzicht auf Garantien. Anders als in allen übrigen Zusagearten wird somit keine bestimmte spätere Leistungshöhe zugesichert, für welche die durchführende Einrichtung eine Garantie gibt und der Arbeitgeber haften würde. Bezeichnenderweise kommt die erste Firma, welche die reine Beitragszusage als Angebot für ihre Mitarbeiter anbietet, aus Bayern.

Sozialpartnerschaft

Einer der Grundpfeiler der Arbeit des VBCI ist die tarifliche Sozialpartnerschaft mit der IG BCE als zuständige Gewerkschaft. Die Chemie-So-

zialpartnerschaft bietet die Grundlage für einen kontinuierlichen Dialog auf Augenhöhe, um Gemeinsamkeiten zu erkennen und Gegensätze konstruktiv auszugleichen. Sie ist der Schlüssel für einen fairen Ausgleich zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Damit leistet die Sozialpartnerschaft erfolgreich einen wesentlichen Beitrag zur sozialen Dimension der Nachhaltigkeit in der Chemiebranche. Sozialpartnerschaft fällt jedoch nicht vom Himmel, wie einst bereits der BAVC-Präsident Eggert Voscherau sagte. Sozialpartnerschaft muss erarbeitet werden, ist das Ergebnis gemeinsamen Wollens und erfordert Gestaltungswillen, Mut und die Fähigkeit zum Kompromiss.

In diesem Sinne trafen sich der Hauptgeschäftsführer des VBCI, Herr Walter Vogg, und die Rechtsabteilung des Verbandes im Sommer 2022 mit der damaligen Landesbezirksleiterin, Frau Beate Rohrig, und den Bezirksleitern der IG BCE zu einem gemeinsamen Austausch. Nach vertrauensvollen und mehrstündigen Gesprächen wurde vereinbart, sich zukünftig regelmäßig zu treffen und hierdurch eine neue Basis der Chemie-Sozialpartnerschaft zu schaffen.

Ausbildungsmarketing

Die Frage, wie geeignete Nachwuchskräfte für die duale Berufsausbildung gewonnen werden können, ist nicht neu. Berufsorientierung, Nachwuchsmarketing und Ausbildungsthemen sind daher Aufgaben, die auch bei den Bayerischen Chemieverbänden einen wichtigen Stellenwert einnehmen. Wir haben jedoch festgestellt, dass es für die junge Generation immer wichtiger wird, die „Sinnfrage“ zu beantworten und somit Zukunftsthemen wie „Nachhaltigkeit“ implizit zu adressieren.

» ELVI IST DER DIGITALE MARKTPLATZ
FÜR DIE AZUBIS DER ZUKUNFT! «

Es ist elementar, die Chemie- und Pharmabranche hierbei als #Lösungsindustrie für die Herausforderungen der Zukunft hervorzuheben. Wir unterstützen unsere Mitgliedsunternehmen dabei insbesondere mit der Ausbildungskampagne „Elementare Vielfalt (EIVi)“ (www.elementare-vielfalt.de) des BAVC.

EIVi macht digitale Marketinginstrumente für Mitgliedsunternehmen kostenfrei zugänglich und stiftet so unmittelbaren Nutzen für die Branche – immer

orientiert am Bedarf der Zielgruppe. ElVi bietet Gamification sowie Interaktion, d.h., spielerische Auseinandersetzung mit den Inhalten der Berufe und dem System „duale Ausbildung“ bei gleichzeitiger Modernität durch 360°-Ausbildungsumgebungen inklusive Abbildungen und Inhalten zur Digitalisierung. Ein zusätzlicher Vorteil der Plattform ist die Verlinkung zu den freien Stellen in der Ausbildungsbörse und dem Ausbildungsfinder. Der ElVi-Ausbildungsfinder erzeugt auf Basis berufswahlrelevanter Fragen ein Ranking der Ausbildungsberufe in der Chemiebranche, welche die Suchenden besonders interessieren könnten.

Ein weiteres Format, auf das wir beim Ausbildungsmarketing setzen, ist der Chemie-Azubi-Blog. Dieser Blog ist eine wichtige Ergänzung zu ElVi. Hier ermöglichen wir einen Blick hinter die Werkszäune und beantworten Fragen.

» DIGITALE FORMATE KÖNNEN KLASSISCHE MARKETINGINSTRUMENTE NICHT ERSETZEN.«

Beim Ausbildungsmarketing setzen wir aber auch auf die klassischen Marketinginstrumente wie Ausbildungsmessen. Seit Jahren betreiben wir einen der größten Stände auf der Mitmachmesse FORSCHA im Rahmen der Münchner Wissenschaftstage – hier bieten wir unseren Mitgliedsunternehmen eine Plattform, um sich zu präsentieren. Zudem nehmen wir seit diesem Jahr verstärkt an Ausbildungs- und Studienmessen teil.

Denn Fachkräfteknappheit bleibt ein Top-Thema für unsere Wirtschaft und für die Wettbewerbsfähigkeit in den kommenden Jahren. Wir müssen attraktiver für Auszubildende und Fachkräfte werden. Daher werden wir unsere Angebote im Ausbildungsmarketing stets überarbeiten, modernisieren und an die Zielgruppe anpassen. Das bedeutet aber auch seitens der Politik, die Modernisierung und Digitalisierung der Schulen zu beschleunigen, sowie seitens der Unternehmen, die kontinuierliche Weiterbildung in der Arbeitswelt zu forcieren.

Berufsausbildung

Die bayerische chemische Industrie konnte 2022 mit 1.040 angebotenen Ausbildungsplätzen im 1. Ausbildungsjahr einen neuen Höchststand verzeichnen. Mit einem Plus von über 5% gegenüber dem Vorjahr wurde der

Rückgang während der Corona-Zeit mehr als wettgemacht – und dies trotz einer sehr labilen wirtschaftlichen Lage. Sorge bereitet nun verstärkt der Mangel an (geeigneten) Bewerbern, der sich auch an der Quote der unbesetzten Ausbildungsplätze bemerkbar macht – sie stieg von 8,1% (2019) auf 14,2% im Jahr 2022.

» DAS BREITE AUSBILDUNGSANGEBOT DER BRANCHE STÖSST AUF SCHWACHE NACHFRAGE.«

Bei der Problematik der unbesetzten Ausbildungsplätze wirken mehrere Ursachen zusammen. So macht sich die demographische Entwicklung bemerkbar, da den aktuellen starken Verlusten von Fachkräften relativ schwache Schulabsolventen-Jahrgänge gegenüberstehen.

Trotz großer Bemühungen aller an der Berufsorientierung beteiligten Unternehmen, Institutionen und Verbände gelingt es nicht immer, die Schülerinnen und Schüler über die Chancen, die eine duale Berufsausbildung in der chemischen Industrie bietet, sowie über das breite Ausbildungsangebot der Branche ausreichend zu informieren. Ein besonderes Sorgenkind ist dabei die Bewerbersituation für den Beruf Chemikant/-in, für den es trotz wachsenden Bedarfs immer weniger geeignete Bewerber gibt.

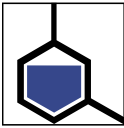
Die enormen Herausforderungen zur Bewältigung der Klimaproblematik, der weiter fortschreitenden Digitalisierung und der immer größer werden den Anforderungen im Bereich des Umweltschutzes sind für die chemische Industrie auch eine Chance, sich jungen Leuten, die im Beruf verstärkt auch die Sinnhaftigkeit der eigenen Tätigkeit erleben wollen, als die #Lösungsindustrie zu präsentieren.

Aus der Arbeit des VCI-LV Bayern

Der VCI-Landesverband
ist die wirtschaftspoliti-
sche Stimme der Chemie
in Bayern!



Ein breites Verbändenetzwerk ist
der Garant für eine bestmögliche
Branchenvertretung!

**VCI**

BAYERN

Aus der Arbeit des VCI-Landesverbandes Bayern

Der VCI-Landesverband vertritt die wirtschaftspolitischen Interessen der chemisch-pharmazeutischen Industrie in Bayern gegenüber allen relevanten Stakeholdern. Der dafür nötige Informationsaustausch sowie die Aggregation der Branchenmeinung erfolgen im Rahmen einer thematisch breit gefächerten Gremienstruktur (S. 62).

»DER VCI-LANDESVERBAND IST DIE
WIRTSCHAFTSPOLITISCHE STIMME DER BRANCHE IN BAYERN.«

Energie- und Klimapolitik

Der Kampf für eine wettbewerbsfähige Energieversorgung war, ist und bleibt eine der zentralsten Herausforderungen und Lobbythema Nummer Eins in der Verbandsarbeit. Im vergangenen Jahr stand hier vor allem die Abmilderung der akuten Auswirkungen des schrecklichen russischen Angriffskrieges auf die Energieversorgung im Fokus: Egal, ob die Berücksichtigung der Besonderheit von Chemieproduktion bei etwaigen Abschaltreihenfolgen in einer Gasmangellage, drohendes Gasembargo oder Gasumlage, genehmigungsrechtliche Erleichterungen für kurzfristige Fuel-Switch-Projekte oder die Vorschläge der Gaskommission und die Ausgestaltung der Energiepreisbremsegesetze – der VCI war hierzu auf allen föderalen Ebenen an vorderster Front aktiv und hat sich für die Belange der Branche eingesetzt.

»EINE WETTBEWERBSFÄHIGE ENERGIEVERSORGUNG WAR,
IST UND BLEIBT LOBBYTHEMA NUMMER EINS!«

Konnte in vielen Belangen durchaus Verständnis und Resonanz in der Politik erzielt werden, ist es umso bedauerlicher, dass die ursprünglich zielgerichteten Vorschläge der Gaskommission am Ende in das Bürokratie-Dickicht der Energiepreisbremsen gemündet haben. Die Ausgestaltung der Entlastungskriterien durch den EU-Krisenrahmen (u.a. EBITDA-Reduktion), aber auch nationale Vorgaben haben nicht nur exorbitanten administrativen Aufwand und Komplexität erzeugt, sondern nicht selten schlichtweg zu hohe Hürden für ei-

ne Inanspruchnahme geschaffen. Daran werden auch die Reparaturschleifen an den Gesetzen wohl nichts ändern.

»INDUSTRIESTROMPREIS – JETZT ODER NIE!«

Mit dem Einpendeln der Gaspreise auf dem LNG-Weltmarktniveau seit Anfang 2023 sind zwar die krisenbedingten Extremausschläge (erstmal) überwunden. Das viel zitierte „New Normal“ bedeutet bei den Energiepreisen aber immer noch einen massiven Nachteil zu relevanten Wettbewerbsregionen.



Gerade die energieintensive Industrie trifft das bis ins Mark. Umso wichtiger ist es, dass ein Konzept für einen wettbewerbsfähigen Industriestrompreis als Transformationsbrücke endlich zeitnah in die Umsetzung findet. Eckpunktepapiere – darunter auch aus Bayern – haben die politische Debatte hierzu im Frühjahr endlich neu entfacht. Nunmehr liegt ein Arbeitspapier des BMWK vor. Der VCI setzt sich konstruktiv für eine zielgerichtete Ausgestaltung sowie eine zügige und unbürokratische Umsetzung eines Brückenstrompreises ein.

»DIE REGULIERUNGSDICHTE IN DER ENERGIE- UND KLIMAPOLITIK BLEIBT ENORM HOCH.«

Neben diesen Top-Themen stand eine Vielzahl von weiteren klima- und energiepolitischen Regulierungsvorhaben auf der Agenda, die der VCI auf EU-, Bundes- und Landesebene begleitet hat. Beispielhaft seien die Re-



vision des Europäischen Emissionshandels (EU-ETS), die Erneuerbare-Energien-Richtlinie (RED III), der EU-Strommarktdesignvorschlag, das Energieeffizienzgesetz, die Ausgestaltung der Systematik von Differenzverträgen, BNetzA-Festlegungen sowie die Änderung des bayerischen Klimaschutzgesetzes genannt. Bei Letzterem waren die Bayerischen Chemieverbände auch in der Sachverständigenanhörung im Bayerischen Landtag involviert, um u.a. die Problematik unterschiedlicher Klimazielfestlegungen auf den verschiedenen föderalen Ebenen zu verdeutlichen.

»TRANSFORMATION BRAUCHT INFRASTRUKTUR!«

Um die gewaltigen Infrastrukturanforderungen (u.a. zum Stromnetzausbau und zu Wasserstoffpipelines) sowie die Energiebedarfe für ein

klimateutrales Bayern konkreter fassbar zu machen und für deren schnellstmögliche Umsetzung zu werben, war der Landesverband als Stakeholder auch in die Erstellung von wichtigen Studien zu den Energiebedarfen für ein klimateutrales Chemiedreieck (Trans4In) sowie zum Bayernplan Energie 2040 involviert. Erster Erfolg hieraus ist, dass die Notwendigkeit für eine zweite 380-kV-Leitung im Chemiedreieck sowie ein Wasserstoffstartnetz erkannt wurde.



Und auch die Qualität der bestehenden Energieinfrastruktur liegt im Fokus der Arbeit des VCI-Landesverbandes. So wird in diesem Jahr wieder die regelmäßige Abfrage zur Stromqualität in Bayern durchgeführt. Diese zweijährliche Befragung der Mitgliedsunternehmen fokussiert auf Kurzunterbrechungen der Stromversorgung sowie Spannungs- und Frequenzschwankungen ab dem Millisekundenbereich, die insbesondere in Produktionsanlagen schwerwiegende Folgen haben können. Durch die regelmäßige Befragung können auch etwaige schlechende Verschlechterungen der Stromqualität sichtbar gemacht werden.

Umwelt- und Stoffpolitik

Im Rechtsgebiet des medialen Umweltschutzes sind die Vorgaben für den Betrieb und die Zulassung von Industrieanlagen verortet. Auf EU-Ebene legt die EU-Industrieemissionsrichtlinie hierbei die wesentlichen Leitplanken fest. Bei deren vorgesehener Revision zählt allerdings nahezu jeder Anpassungsvorschlag auf noch komplexere Genehmigungsverfahren, mehr Bürokratie und Umsetzungsaufwand ein – sowohl bei den Behörden als auch der Industrie. Von dem Konsens, die nachhaltige Transformation schnell umsetzen zu wollen, bleibt genehmigungsrechtlich wenig übrig.

»DIE BESCHLEUNIGUNG VON GENEHMIGUNGSVERFAHREN BLEIBT EINE DAUERAUFGABE!«

Hier ist der VCI bemüht, mit Sachverstand und Praxis-Knowhow überbordende Anforderungen zu verhindern. Er konnte auch für einige Aspekte bei den EU-Institutionen bereits Verständnis erzeugen (z.B. bei der zukünftigen Festlegung von Emissionsgrenzwerten). Gleichwohl bleibt noch viel zu tun, weshalb die verbandlichen Aktivitäten im Kontext der anstehenden Trilogverhandlungen nochmals intensiviert wurden.

Positives in puncto Beschleunigung von Genehmigungsverfahren lässt sich auf bayerischer Ebene vermelden. Hier hat eine Arbeitsgruppe im Rahmen des Umwelt- und Klimapaktes Bayern anhand eines strukturierten Arbeitsprogramms Handlungsempfehlungen für die Optimierung von umweltrechtlichen Genehmigungsverfahren im bayerischen Verwaltungsvollzug verfasst – ein Positivbeispiel, wie man im Dialog gemeinsam Ergebnisse auch bei komplexen Fragestellungen erzielen kann. Eine ähnliche Initiative würde man sich auf Bundesebene wünschen, wo der VCI ebenfalls unermüdlich Vorschläge für eine Modernisierung des Planungs- und Genehmigungsrechts einbringt. Leider bleibt der aktuelle Entwurf zur Änderung des BImSchG auch hier wieder einmal hinter den Möglichkeiten zurück und ist in Teilen sogar kontraproduktiv, um eine echte Trendwende bei den schleppenden Genehmigungsverfahren (auch für Industrievorhaben) zu erzielen.



»DAS VERURSACHERPRINZIP WIRD ZUNEHMEND ZUM „MAKE-INDUSTRY-PAY-PRINZIP“.«

Eine wirkliche Trendwende kann man derweil im Gewässerschutz beobachten, den die EU-Kommission im Rahmen der Null-Schadstoff-Strategie des Green Deal stärken möchte. Neben neuen Umweltqualitätsnormen für die Zustandsbewertung von Gewässern soll in der EU, um Spurenstoffe in Zukunft aus den Abwässern zu eliminieren, eine 4. Reinigungsstufe in kommunalen Kläranlagen etabliert werden. Die Kosten soll die Industrie tragen – dazu möchte man eine „erweiterte Herstellerverantwortung im Wasserrecht“ verankern. Wenngleich das Verursacherprinzip als solches nicht in Frage zu stellen ist, treten die Verbände entschieden gegen eine solche unsachgemäße Verschiebung von umweltrechtlichen Grundprinzipien ein.



Und auch auf bayerischer Ebene gibt es relevante Vorhaben beim Gewässerschutz. Sowohl Staatsregierung als auch Opposition im Landtag forcieren einen „Wassercent“. Im Zuge sinkender Grundwasserpegel und Niedrigwasserphasen möchte man Wasserentnahmen darüber bepreisen. Das Vorhaben ist im Kontext der Energiekrise zunächst auf die neue Legislaturperiode verschoben. Hier ist für (kühl-)wasserintensive Indus-

triezweige wie die Chemiebranche erhebliche Betroffenheit zu erwarten. Daher machen sich die Chemieverbände für eine Ausgestaltung mit Augenmaß und adäquaten Entlastungs-/Ausnahmetatbeständen stark.

»DAS GEPLANTE PFAS-VERBOT GIBT EINEN VORGESCHMACK AUF DIE EU-CHEMIKALIENSTRATEGIE.«

Im Kontext der Chemikalienregulierung werden mit dem REACH-Beschränkungs-dossier für PFAS erstmals die weitreichenden Konsequenzen der EU-Chemikalienstrategie konkret fassbar. Durch den undifferenzierten Verbotsansatz droht, dass auch Fluorpolymere als wichtige Werkstoffe für Hightech-Anwendungen zukünftig nicht mehr verwendet werden dürfen. Viele Branchen und Wertschöpfungsketten sind dadurch unmittelbar und mittelbar betroffen.

Die Bayerischen Chemieverbände haben die Brisanz dieses Themas auf allen relevanten föderalen Ebenen (u.a. in Gesprächen in Brüssel oder in einer Landtagsanhörung) zur Kenntnis gebracht und setzen sich für einen differenzierten Regulierungsansatz ein. Leider sind die Auswirkungen dieser Regulierung mit der möglichen Abwicklung des größten europäischen Fluorpolymerherstellers in Europa schon jetzt spürbar. Eine Tragödie für den Chemiestandort Bayern mit fatalen industriepolitischen Konsequenzen für die EU.



All das ist aber womöglich nur ein erster Vorgeschmack auf das, was in der EU-Chemikalienstrategie angelegt ist. Es werden (vermeintliche) Gefahreigenschaften – in diesem Fall die Persistenz – herangezogen, um – ohne vertiefte und differenzierte Risikoabschätzung – ganze Gruppen von Chemikalien zu verbieten. Genau das ist die Idee der „generischen Risikobewertung“, die die Kommission in der Revision der REACH-Verordnung verankern möchte.

Der erste Schritt dafür ist bereits angelegt. Denn im Rahmen der laufenden CLP-Revision werden bereits neue Gefahrenklassen geschaffen, um diesen generischen Ansatz mit Leben zu füllen. Hiervor warnt der VCI seit Jahren! Die Auswirkungen dieser Regulierungsansätze werden nicht nur in der Chemie zu



spüren sein. Hier schlugen Stoffverbote zwar zuerst auf, strahlen aber dann in sämtliche Wertschöpfungsketten aus. Dies konnte im Rahmen einer hochrangig besetzten Diskussionsveranstaltung der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft im vergangenen Oktober unmittelbar an Entscheider auf EU-Ebene adressiert werden. Und auch im Rahmen einer Sachverständigenanhörung des Wirtschaftsausschusses im Bayerischen Landtag konnte der Landesverband die Brisanz dieses Themas nochmal verdeutlichen.

Nachhaltigkeit, Innovation und Bildung



Das Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz und der entsprechende EU-Richtlinienvorschlag schaffen umfassende regulatorische Vorgaben zur menschenrechtlichen Sorgfaltspflicht in den Lieferketten. Die Brancheninitiative Chemie³ unterstützt dabei Unternehmen nach Kräften bei der Umsetzung der komplexen Anforderungen und hat hierzu einen Branchenstandard mit fünf Modulen erarbeitet. Daneben bietet Chemie³ auch weitere Hilfestellungen, wie die neue Toolbox „Biodiversität“, diverse Leitfäden sowie eine Webinarreihe zu relevanten Nachhaltigkeitsthemen.

»NATURWISSENSCHAFTLICHES INTERESSE MUSS FRÜH GEFÖRDERT WERDEN!«

Ein wichtiger Bestandteil der Verbandsarbeit ist die Stärkung der Innovationsfähigkeit der Branche. Hier hatte sich der AK Innovation im Zuge der Energiekrise u.a. mit innovativen Standortkonzepten zur Energieversorgung sowie der Wasserstoffwirtschaft beschäftigt.



Damit Innovationen aber überhaupt entstehen und Eingang in die Praxis finden können, braucht es sowohl Forschende auf Spitzenniveau als auch gut ausgebildete Fachkräfte sowie ein naturwissenschaftliches Grundinteresse und -verständnis in der Bevölkerung. Deshalb sind die Bayerischen Chemieverbände mit verschiedenen Bildungsformaten aktiv. Um möglichst frühzeitig naturwissenschaftliches Interesse zu wecken, wurden hierzu beispielsweise die Chemiekiste-Schulungen als Fortbildungsveranstaltung für das Experimentieren im Grundschulbetrieb ins Leben gerufen – allein von Januar 2023 bis heute haben 17 Veranstaltungen mit über 400 Teilnehmenden

stattgefunden. Aber auch die Schülertage an den bayerischen Universitäten erfreuen sich großer Beliebtheit, um an den Gymnasien Orientierung für das Studium zu geben.

Betreuung der VCI-Fachverbände

Die Stärkung des Pharmastandorts Bayern ist ein wesentlicher Bestandteil der Landesverbandsarbeit. Strukturell erfolgt dies in enger Zusammenarbeit mit den unter dem Dach des VCI organisierten Pharmaverbänden vfa und BPI sowie auch im Rahmen der Pharmainitiative Bayern. Dabei vertritt der VCI-Landesverband die Interessen der Pharmaunternehmen auf bayerischer Ebene und unterstützt die Pharmainitiative Bayern organisatorisch wie inhaltlich in einer engen Verzahnung. Die Betreuung des BPI auf bayerischer Ebene ist zudem in einer eigenen Regionalstruktur organisiert, dem BPI-Landesverband Bayern.

»EIN BREITES VERBÄNDENETZWERK IST DER GARANT
FÜR EINE BESTMÖGLICHE BRANCHENVERTRETUNG!«

Analoges gilt für die Lack- und Druckfarbenbranche in der bayerischen Bezirksgruppe des VdL. Hier können die Bedarfe und Interessen der zu meist mittelständischen und familiengeführten Unternehmen auch auf regionaler Ebene gebündelt werden. Als besonderes Highlight konnte die VdL-Bezirksgruppe Bayern ihre diesjährige Mitgliederversammlung bei der Hemmelrath Technologies GmbH in Erlenbach a. Main durchführen. Hier wurde der Vorstand um Rolf Dürschmidt in gleicher Besetzung auch für die kommende Amtszeit bis 2026 wiedergewählt.



Ausblick

Die Unsicherheit
bleibt weiterhin groß
- und es stehen
wichtige politische
Weichenstellungen an.

Ein starkes Verbändenetzwerk
auf allen föderalen Ebenen
ist wichtiger denn je!



Ausblick

Mit Blick auf die derzeitige Krisensituation fällt es naturgemäß nicht leicht, einen Ausblick zu geben. Die dynamischen Entwicklungen könnten sehr schnell dazu führen, dass sich ein noch so wohldurchdachter Ausblick schnell überlebt hat. Gerade auf geopolitischer Ebene – blickt man alleine auf den (drohenden) Konflikt zwischen China und Taiwan oder natürlich auf den Krieg in der Ukraine – vermag wohl niemand, wirklich belastbare Prognosen abzugeben. Die traurige Gewissheit ist: Es bleibt unsicher!

»GEOPOLITISCH UND ENERGIEPOLITISCH BLEIBT DIE UNSICHERHEIT WEITERHIN GROSS.«

Leider wird uns das Motiv der Unsicherheit wohl auch wieder energiepolitisch stark begleiten. Im vergangenen Winter konnte zwar durch relativ mildes Wetter, den Aufbau neuer LNG-Bezugsquellen sowie -Infrastruktur und vor allem einen sparsamen Umgang mit Gas ein Mangelszenario vermieden werden. Für den kommenden Winter ist dieses Drohszenario damit aber leider nicht vom Tisch. So wird auch die Bundesnetzagentur nicht müde, darauf hinzuweisen, dass wir alle weiterhin Gas sparen müssen. Auch die Energiemärkte könnten in einem solchen unbekannten Fahrwasser wieder nervös werden. Und ob es wirklich gelingt, einen Transformationsstrompreis bis Anfang nächsten Jahres umzusetzen, ist leider nicht gewiss – auch wenn die Verbände dafür weiterhin vehement kämpfen werden.

Sowohl aus Sicht der Preissituation als auch mit Blick auf die Versorgungssicherheit kann man nur hoffen, dass wir am Ende nicht den im Frühjahr abgeschalteten letzten drei verbliebenen Kernkraftwerken hinterhertrauern werden. Der Bayerische Ministerpräsident hatte zu diesem Thema ja sogar angeboten, Isar 2 unter bayerischer Federführung weiterzubetreiben.

»BAYERN WÄHLT IM HERBST EINEN NEUEN LANDTAG.«

Und damit ist man thematisch schon nahe an einem Ereignis, das am 08. Oktober 2023 mit sehr großer Sicherheit eintreten wird: Die Landtagswahl in Bayern. Die politischen Parteien bringen sich derzeit in Stellung, um deren Sicht auf die politischen Notwendigkeiten für den Freistaat

öffentlichkeitswirksam darzulegen. Man kann gespannt sein, ob und inwieweit sich bei den aktuellen Mehrheitsverhältnissen im Hohen Haus signifikante Änderungen ergeben werden.

»ZUKUNFT. MADE IN BAVARIA. – DIE #LÖSUNGSINDUSTRIE CHEMIE & PHARMA IST TEIL DAVON!«



Uns als Bayerische Chemieverbände ist es in diesem Kontext wichtig, allen demokratischen Parteien die hohe Relevanz der #Lösungsindustrie Chemie & Pharma für den Innovationsstandort Bayern und die nachhaltige Entwicklung des Freistaates aufzuzeigen. So unter anderem bei einer Anhörung des Wirtschaftsausschusses im Bayerischen Landtag Mitte Juni 2023 zur Zukunft der Chemieindustrie und nachgelagerter Wertschöpfungsketten, bei der wir als geladene Experten unsere Positionen und Forderungen präsentieren durften.



Des Weiteren sind die Bayerischen Chemieverbände Teil der Kampagne „Zukunft. Made in Bavaria.“, die von der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft im Kontext der Landtagswahl federführend koordiniert wird. Denn vielfach ist in der Gesellschaft eben noch nicht ausreichend angekommen, dass die Chemie durch ihre Schlüsselposition in den industriellen Wertschöpfungsketten als „Industrie der Industrie“ DER Innovationsmotor und Lösungsanbieter schlechthin für nachhaltige Technologien ist.

Und es ist auch noch nicht ausreichend angekommen, dass für (oftmals energieintensive) Chemieproduktion im internationalen Wettbewerb die Standortbedingungen auch in Bayern dringend wieder besser werden müssen – egal, ob beim Thema „Energiepreise“ oder mit Blick auf überbordende Regulierungswut aus Brüssel. Wir würden uns freuen, wenn Sie die Kampagne auch über Ihre Kanäle unterstützen.

»DIE AKTUELLE EU-LEGISLATURPERIODE NEIGT SICH DEM ENDE ENTGEGEN.«

Neben der Landtagswahl in Bayern rückt auch die Europawahl mit großen Schritten näher – diese wird im Frühjahr 2024 stattfinden und ist ein

wichtiger Meilenstein, der die zukünftige Ausrichtung der Europäischen Union bestimmen wird. Und es ist davon auszugehen, dass die aktuelle Kommission vor dem Wahltag noch einige Initiativen auf dem Weg bringen wird. Allein die für Ende 2023 anvisierte Revision der REACH-Verordnung hat für die Chemiebranche (und indirekt auch alle anderen Branchen) eine überragend wichtige Bedeutung.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass auch in den kommenden Monaten die Dynamik sich ändernder Randbedingungen – seien sie geopolitischer oder regulatorischer Natur – weiterhin hoch sein wird.

»EIN STARKES VERBÄNDENETZWERK AUF ALLEN FÖDERALEN EBENEN IST WICHTIGER DENN JE!«

Wir sind überzeugt, dass dieser immer schnellere Wandel nur in einer starken Gemeinschaft bewältigt werden kann. Und hier bietet das Verbändenetzwerk der chemisch-pharmazeutischen Industrie eine einzigartige Chance, um unserer Industrie eine klare und hörbare Stimme zu geben.

Egal, ob Arbeitgeber- oder Wirtschaftsverbände, ob Bezirksgruppe, Landesverband, Hauptstadt- oder Europabüro, ob Fachverbände oder Dachverbände – das Chemienetzwerk bietet eine starke Gemeinschaft, in der alle Beteiligten an einem Strang ziehen mit dem klaren Ziel, die Rahmenbedingungen für Industrieproduktion hierzulande zu verbessern und zu stärken, damit die #Lösungsindustrie Chemie und Pharma ihrer Aufgabe als Innovationstreiber nachkommen kann.

Dafür werden sich die Bayerischen Chemieverbände in diesem Netzwerk, aber auch gegenüber allen relevanten Stakeholdern, in gewohnt klarer und deutlicher Weise mit voller Kraft einsetzen!

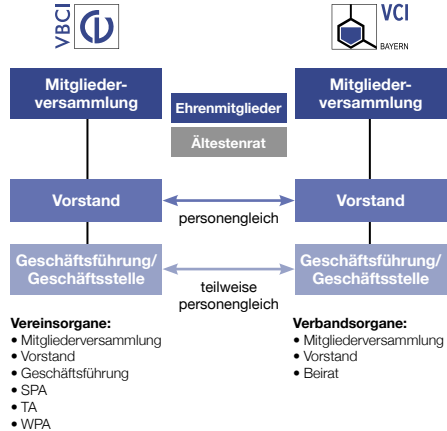
Verbandsorganisation

Die **Mitgliederversammlung** wählt die Vereins-/Verbandsorgane.

Der **Ältestenrat** (VBCI) berät den Vorstand und die Geschäftsführung.

Der **Vorstand** leitet den jeweiligen Verband und bestimmt die strategische Ausrichtung.

Die **Geschäftsführung/Geschäftsstelle** führt die operativen Geschäfte des jeweiligen Verbands im Rahmen des Mandats des Vorstands bzw. der Mitgliederversammlung.



Struktur der Gremien

Die Gremien dienen dem gegenseitigen Informationsaustausch zwischen Verband und Mitgliedschaft, der Positionierung der Branche sowie der Diskussion und Festlegung von Leitplanken für die Verbandsarbeit.

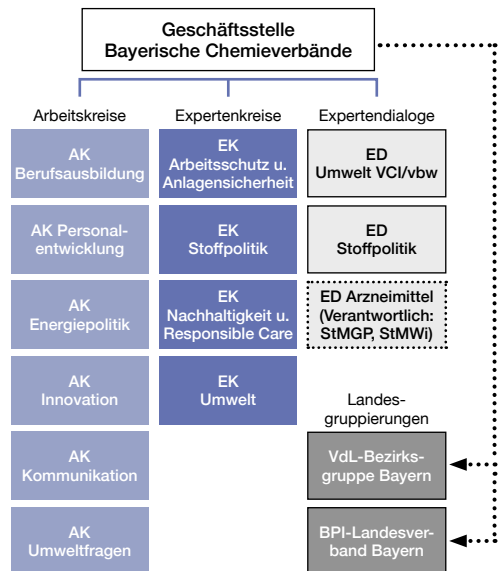
Die **gewählten Gremien (SPA, TA, WPA, Beirat)** nehmen in beratender Funktion Einfluss auf die grundsätzliche Ausrichtung der Verbandsarbeit in den jeweiligen Bereichen – hier steht der Input der Firmen an vorderster Stelle. WPA und Beirat tagen dabei immer gemeinsam.

In den **Arbeitskreisen** werden zu den jeweiligen Top-Themen der Branche die aktuellen Entwicklungen erörtert und die Branchenmeinungen hierzu erarbeitet.

Die **Expertenkreise** ermöglichen dazu auf fachspezifischer Ebene einen Austausch mit und zwischen Experten der Mitgliedsfirmen. Sowohl in den Arbeits- als auch den Expertenkreisen werden praxisrelevante Inhalte und Hilfestellungen vermittelt.

Expertendialoge sind branchenübergreifende, zum Teil extern organisierte und geleitete Dialogplattformen zwischen Vertretern der Industrie und der bayerischen Administration zur lösungsorientierten Erörterung von aktuellen Fachfragen und Vollzugsthemen.

Der VCI-LV vertritt auch die dem VCI angeschlossenen **Fachverbände**. Die Geschäftsführung/Geschäftsstelle führt dabei zudem die operativen Geschäfte der Landesorganisationen von Fachverbänden, die eigene Landesstrukturen besitzen.



Rolle der Gremien

Gewählte Gremien:

Sozial- und Personalpolitischer Ausschuss

Der SPA nimmt in **beratender Funktion** Einfluss auf die grundsätzliche Ausrichtung der Verbandsarbeit in Fragen der **Sozialpolitik**.

Tarifpolitischer Ausschuss

Der TA ist das **zentrale Gremium** rund um die **Tarifvertragsarbeit** im VBCI.

Wirtschaftspolitischer Ausschuss

Der WPA des VBCI **berät** Vorstand und Geschäftsführung in **wirtschaftspolitischen Themen**. Er tagt gemeinsam mit dem Beirat des VCI-LV.

Beirat

Der Beirat des VCI-LV berät Vorstand und Geschäftsführung in **wirtschaftspolitischen Themen**. Er tagt gemeinsam mit dem WPA des VBCI.

Arbeitskreise:

AK Berufsausbildung

Austausch zwischen Praktikern der Berufsausbildung zu aktuellen Entwicklungen in diesem Bereich (z. B. langfristige Nachwuchssicherung u.v.m.)

AK Energiepolitik

Austausch rund um eine **sichere und wettbewerbsfähige Energieversorgung** (u. a. energiepolitische Entwicklungen und Verbandspositionierung hierzu)

AK Kommunikation

Austausch zur **Optimierung der Kommunikationsarbeit** in der Branche (z. B. Kommunikation im Wandel, Krisenkommunikation, neue Medien, etc.)

AK Personalentwicklung

Praxisnaher **Austausch** zwischen Experten im Bereich **Personalentwicklung**

AK Innovation

Themen rund um das Innovationsmanagement und **Innovationsrahmenbedingungen** (z. B. Analyse externer und interner Innovationshemmnisse)

AK Umweltfragen /vbw Umweltausschuss

„**Master-Gremium**“ zu **Umweltthemen**, Zusammenkünfte und Vorsitz gemeinsam mit dem vbw-Umweltausschuss

Expertenkreise:

EK Arbeitsschutz und Anlagensicherheit

Forum zu Arbeitsschutz- und **sicherheitsrelevanten Themen** (u. a. Lessons-Learned-Austausch, Expertenforum ExSchutz, Neues im Arbeitsschutz, etc.)

EK Umwelt

Forum zum Austausch für **Umweltsachverständige/-beauftragte** (z. B. Anlagene Genehmigung, Luftreinhaltung, Natur-, Wasser- und Bodenschutz, etc.)

EK Nachhaltigkeit und Responsible Care

Forum zu **nachhaltigkeitsrelevanten Themen** (u. a. Diskussion und **Umsetzung der Chemie³-Initiative** sowie des Responsible-Care-Konzepts, etc.)

EK Stoffpolitik

Forum zum Austausch für Spezialisten aus den Unternehmen zu **Stoffpolitik- und Gefahrstoffthemen** (u. a. REACH, CLP, Nanomaterialien, etc.)

Expertendialoge¹⁾:

ED Umwelt VCI/vbw

Dialogforum zw. Industrie und Umweltministerium auf Fachebene zu **Umweltfragen** (u. a. Rechtsentwicklung, „Trouble-Shooting“ bei Vollzugsproblemen, etc.)

ED Stoffpolitik

Dialogforum zw. Industrie und Umwelt- sowie Wirtschaftsministerium auf Fachebene zu **Stoffpolitik- und Gefahrstoff-**, ggf. auch **Arbeitsschutzthemen**

1) Der ED Arzneimittel ist ebenfalls ein Industrie-/Behörden-Dialogformat zu arzneimittelrechtlichen Fragen. Da die Ausrichtung aber den beteiligten Ministerien obliegt, ist dieser hier nicht separat aufgeführt.

Landesgruppierungen der VCI-Fachverbände:

VdL-Bezirksgruppe Bayern



Landesgruppierung des Verbands der deutschen Lack- und Druckfarbenindustrie e.V.

U. a. branchenspezifischer (Informations-)Austausch zu relevanten wirtschaftspolitischen Themen, landesspezifischen Initiativen sowie Positionierung der Branche, etc.

BPI-Landesverband Bayern



Landesverband des Bundesverbands der Pharmazeutischen Industrie e.V.

U. a. branchenspezifischer Austausch zu relevanten wirtschaftspolitischen Themen, insbes. gesundheits- und arzneimittelrechtlichen Aspekten, Positionierung ggü. der bayerischen Politik und Verwaltung

Ehrenmitglieder (VBCI und VCI-LV)

Dr. Günter von Au, München	Prof. Dr. Wilhelm Simson, München
Dr. Hans Seidl, Grünwald	Prof. Dr. Rudolf Staudigl, Burghausen

Vorstand (VBCI und VCI-LV)

Dr. Christian Hartel, München (Vorsitzender)

Albert Franz, Obernburg	Dr. Ulrich Opitz, Penzberg (bis Juli 2022)
Johannes Heckmann, Schwandorf	Dr. Wolfgang A. Schumann, Geretsried
Dr. Stefan Hölbfner, Burghausen (ab Juli 2022)	Walter Vogg, München
Dr. Mathias Kranz, Pullach	Dr. Gerhard Wagner, Burghausen (bis Juli 2022)
Peter Kurz, Fürth	Paul Wiggemann, Penzberg (ab Juli 2022)

Tarifpolitischer Ausschuss (VBCI)

Albert Franz, Obernburg (Vorsitzender)

Holger Amberg, Gersthofen	Peter Kurz, Fürth
Johann Baumgartner, Neustadt	Dr. Ulrich Opitz, Penzberg (bis Juli 2022)
Dr. Christian Hartel, München	Dr. Wolfgang A. Schumann, Geretsried
Johannes Heckmann, Schwandorf	Walter Vogg, München
Dr. Stefan Hölbfner, Burghausen (ab Juli 2022)	Dr. Gerhard Wagner, Burghausen (bis Juli 2022)
Klaus Kamhuber, Trostberg	Paul Wiggemann, Penzberg (ab Juli 2022)
Dr. Mathias Kranz, Pullach	

Sozial- und Personalpolitischer Ausschuss (VBCI)

Klaus Angermaier, Burghausen (Vorsitzender)

Paul Altmann, Schwandorf	Peter Knoll, Fürth (bis Juli 2022)
Johann Baumgartner, Neustadt	Annette Kunze, Peißenberg
Christian Beuth, Trostberg (bis April 2023)	Dr. Maximilian Peter, München
Hans-Peter Dangel, Bobingen	Reinhard Pfiffner, Gersthofen
Volker Folwill, Neustadt-Schwaig (bis April '23)	Christina Pliml, Burgkirchen
Uwe Fritz, Burghausen	Hansjörg Pohl, Unterschleißheim (bis Dez. 2022)
Michael Grimbs, Pullach	Ulrike Pontius, Seefeld
Burkhard Gröschl, Bad Berneck	Eva-Maria Renner, Burgkirchen
Jochen Joa, München	Barbara Strasser, Obernburg
Klaus Kamhuber, Trostberg	Paul Wiggemann, Penzberg (bis Juli 2022)
Hannes Kauper, Nürnberg	Philipp Wimmer, Burghausen
Hans-Dieter Klingspon, Bruckmühl	Engelbert Zehentmaier, Burghausen (bis Juli 2022)
Katja Klinkenberg, Ismaning	

Wirtschaftspolitischer Ausschuss (VBCI)

Holger Amberg, Gersthofen	Dr. Thomas Schnell, München
Rolf J. Dürschmidt, Regensburg	Arne Schulle, Unterschleißheim
Hans-Peter Gabski, Gersthofen (bis Dez. 2022)	Raphael Siegle, Neu-Ulm
Ed Hoozemans, Pullach	Reinhard W. Siegle, Neu-Ulm
Rüdiger Lugert, Diedorf	Dr. Steffen Wache, Trostberg
Dr. Christoph von Reden, Burgkirchen	Steffen Wegner, Herrsching
Dr. Karl-Martin Schellerer, Ismaning	

Beirat (VCI-LV)

Holger Amberg, Gersthofen	Manfred Hoffmann, Neuburg
Elmar Benne, Illertissen	Dr. Christoph von Reden, Burghausen
Chantal Friebertshäuser, München (bis Dez. '22)	Dr. David Schmidtke, Bruckmühl
Berndt Fritzsche, Essenbach	Dr. Thomas Schnell, München
Markus Fritzsche, Essenbach	

Ältestenrat (VBCI)

Prof. Dr. Wilhelm Simson, München (Vorsitzender)

Dr. Günter von Au, München	Dr. Hans Seidl, Grünwald
Dr. Helmut Gruber, Burghausen	Prof. Dr. Rudolf Staudigl, Burghausen
Dr. Jürgen F. Kammer, München	Dr. Albert Thalhofer, Neusäß
Dr. Friedrich Lambert, Obernburg	Dr. Peter Umfug, München
Werner Sassenrath, Großkarolinenfeld	

Arbeitskreise/Vorsitz (VBCI und VCI-LV)

Berufsausbildung	Richard Stubenvoll, Burghausen
Energiepolitik	Albert Franz, Obernburg
Innovation	Dr. Jürgen Stebani, Kaufbeuren
Kommunikation	Dr. Ulrich Opitz, Penzberg (bis Juli 2022) N.N.
Personalentwicklung	Peter Lerchner, Trostberg
Umweltfragen	Dr. Peter von Zumbusch, Burghausen

Landesorganisationen der VCI-Fachverbände

Bundesverband der Pharmazeutischen Industrie e.V., Landesverband Bayern

Vorsitz: Steffen Wegner, Herrsching

Verband der deutschen Lack- und Druckfarbenindustrie e.V., Bezirksgruppe Bayern

Vorsitz: Rolf J. Dürschmidt, Regensburg

Geschäftsstelle (VBCI und VCI-LV)

Hauptgeschäftsführer: Ass. jur. Walter Vogt

Geschäftsführer (VBCI):	Referenten:
Dr. Markus Born	Ass. jur. Alexandra Bechstein-Weiss (ab Jan. 2023)
Ass. jur. Stefan Mößner	Ass. jur. Annette Birkholz
Ass. jur. Peter Fürnthaler (stellv.)	Ass. jur. Philipp Hausch
	Ass. jur. Andrea Klein
Geschäftsführer (VCI-LV):	Ass. jur. Jana Kraus
Dr. Markus Born	Ass. jur. Valerie Marquardt
Dr. Roland Appel (stellv.)	Robert Schuder
	Kwam Walton
	Dr. Cordula Weiß (ab Juli 2023)

STATISTISCHE VERGLEICHZAHLEN

	Chemische Industrie			Verarbeitendes Gewerbe		
	2021	2022	%	2021	2022	%
Bayern						
Gesamtumsatz	19.984.153	23.468.544	17,4	379.644.573	437.759.280	24,8
darunter Ausland	12.431.115	14.607.993	17,5	205.688.818	272.280.534	32,4
Beschäftigte	63.864	65.121	2,0	1.290.627	1.311.110	1,6
Bund						
Gesamtumsatz	227.135.292	261.184.435	15,0	1.984.474.455	2.348.233.360	18,3
darunter Ausland	139.521.145	159.372.186	14,2	963.241.375	1.147.717.086	19,2
Beschäftigte	473.194	476.987	0,8	6.197.291	6.251.678	0,9

Bayern (Spartenergebnisse)						
	Umsatz		Auslandsumsatz		Beschäftigte	
	2021	2022	2021	2022	2021	2022
anorg. Grundstoffe und Chemikalien	472.608	649.863 37,5%	306.730	363.176 18,4%	1.945	2.293 17,9%
org. Grundstoffe und Chemikalien	1.894.159	2.334.273 23,2%	1.161.518	1.433.231 23,4%	3.710	3.924 5,8%
Kunststoffe in Primärformen	6.305.410	6.882.021 9,1%	4.497.963	4.898.171 8,9%	13.064	13.332 2,1%
Anstrichmittel, Druckfarben und Kitten	1.420.485	1.447.239 1,9%	787.581	789.004 0,2%	6.557	6.596 0,6%
pharmazeutische Erzeugnisse	2.434.972	3.489.554 43,3%	1.213.157	2.040.262 68,2%	9.059	8.857 -2,2%
Seifen, Wasch- und Reinigungsmittel	1.409.482	1.668.575 18,4%	770.246	924.752 20,1%	3.045	3.081 1,2%
Duftstoffe und Körperpflegemittel	824.503	927.531 12,5%	402.329	464.937 15,6%	4.446	4.506 1,3%
Chemiefasern	780.598	934.212 19,7%	533.968	614.718 15,1%	3.440	3.382 -1,7%
Sonstige	4.441.936	5.135.276 15,6%	2.757.623	3.079.742 11,7%	18.598	19.150 3,0%

Nach Wirtschaftsklassen, Umsätze in 1.000 Euro
Beschäftigte jeweils zum 30.09.

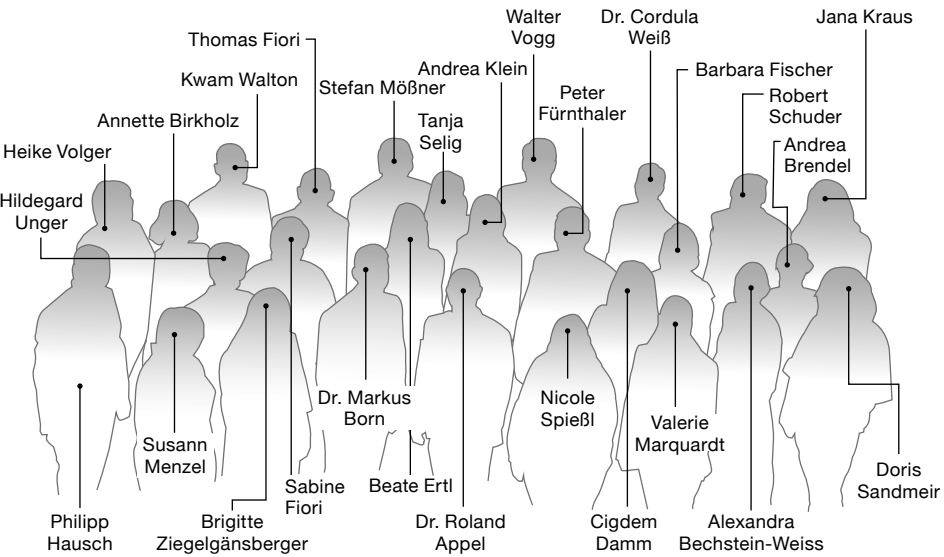
Quellen: Bayerisches Landesamt für Statistik und
Datenverarbeitung, Statistisches Bundesamt, Chemdata,
eigene Berechnungen

**Ausgewählte Brutto-Produktionswerte (Bayern) in 1.000 Euro und
%-Anteil am Brutto-Produktionswert der Bundesrepublik Deutschland**

Melde-Nr.	Chemische Erzeugnisse	2019	2020	2021	2022	%
2012	Farbstoffe und Pigmente	124.503	127.625	152.943	148.793	3,7
2013	Sonstige anorganische Grundstoffe und Chemikalien	1.197.007	1.083.175	1.661.413	2.475.717	19,6
2014	Sonstige organische Grundstoffe und Chemikalien	2.064.220	1.915.988	1.563.451	1.887.943	6,3
2015	Düngemittel und Stickstoffverbindungen	50.644	53.593	56.514	52.072	0,8
2016	Kunststoffe in Primärformen	4.492.970	4.072.213	5.281.159	5.152.975	15,4
2020	Schädlingsbekämpfungs-, Pflanzenschutz- und Desinfektionsmittel	58.716	145.607	78.696	85.786	2,7
2030	Anstrichmittel, Druckfarben und Kitte	1.408.876	1.260.474	1.324.359	1.346.397	14,1
2041	Seifen, Wasch-, Reinigungs- und Poliermittel	830.414	811.693	900.647	1.020.891	15,6
2042	Duftstoffe und Körperpflegemittel	757.679	706.416	773.555	829.652	15,7
2052	Klebstoffe	284.882	278.474	350.055	382.202	16,9
2053	Etherische Öle	179.705	189.684	191.513	218.958	8,6
2059	Sonst. chemische Erzeugnisse	2.491.338	-	2.941.915	3.213.090	14,1
2060	Chemiefasern	603.131	524.974	612.851	756.785	44,2
2090	Veredlung von Erzeugnissen der chemischen Industrie	121.827	120.843	165.148	244.747	8,5
20	Chemische Erzeugnisse	14.307.707	13.476.513	15.639.607	17.394.372	11,8
2110	Pharmazeutische Grundstoffe u. ä. Erzeugnisse	110.981	144.936	164.195	145.295	3,0
2120	Pharmazeutische Spezialitäten u. sonst. pharmazeutische Erzeugnisse	1.983.703	2.096.655	2.248.343	2.805.450	8,8
21	Pharmazeutische u. ä. Erzeugnisse	2.094.684	2.241.591	2.412.538	2.950.745	7,9
20+21	Chemische und pharmazeutische Industrie	16.402.391	15.718.104	18.052.145	20.345.117	11,0

Quellen: Statistisches Landesamt Bayern, Statistisches Bundesamt und Chemdata

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verbände



Bayerische Chemieverbände:

Verein der Bayerischen Chemischen Industrie e.V. (VBCI)

Verband der Chemischen Industrie e.V.,

Landesverband Bayern (VCI-LV Bayern)

Innstraße 15, 81679 München

Telefon: 089-92691-0

E-Mail: vbci@vbci.de, vci@lv-bayern.vci.de

www.bayerische-chemieverbaende.de

